

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1927

148 (29.6.1927)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 9 gelappten Millimeterzeile kostet 10 Pfennig, für auswärts 12 Pfennig. Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Restriktions-Millimeterzeile 40 Pfennig o. Rabatt nach Zahl, der bei Nichterschließung des Tagesprogramms, bei gefälliger Beilegung und bei Anhang einer Kraft teil o. Erfüllungserklärung und Gerichtsstands in Karlsruhe L. D. o. Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“ Die Musik- und Sport- und Spiel- / Feiertag und Wandern Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen — Frauenthätigkeit

Bezugspreis monatlich 2,30 Mark o. Ohne Zustellung 2 Mark o. Durch die Post 2,40 Mark o. Einzelpreis 10 Pfennig o. Einzelteil 8 mit wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postbestellung 2000 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. D., Weidstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Postfach 7114. Druck: Weidstraße 22; Baden-Baden, Friedhofstraße 28; Rastatt, Friedrichstraße; Offenburg, Langstraße 28

Nummer 148 Karlsruhe / Mittwoch, den 29. Juni 1927 47. Jahrgang

Der Zerlegungsprozeß in der KPD

Die gestrige Dienstaussgabe der kommunistischen Zeitung in Mannheim bringt einen Bericht über eine Sitzung, aus dem der Zerlegungsprozeß innerhalb der KPD klar zu erkennen ist. Wir lesen da u. a.:

„Am Samstag, den 25. Juni, fand eine erweiterte Bezirksleitungsversammlung der KPD, Bezirk Baden statt, an der auch eine Reihe Parteiarbeiter aus dem Bezirk teilnahmen. Die Sitzung beschäftigte sich mit dem Kaltenberg, Pressefragen und der Organisierung der Mannheimer Stadtdelegiertenkonferenz. Sodann erörterte der Pol. Sekretär den Bericht über die Konferenz der Pol. Sekretäre und Redakteure in Berlin, die den Bericht von der Sitzung des Plenums des ZK, entgegennahm. Die Vertreter der Opposition erklärten, an ihrer bisherigen Stellungnahme festzuhalten, ohne sie noch einmal des näheren präzisieren zu wollen. Der Vertreter der Zentrale forderte in seinen Ausführungen von den Genossen der Opposition eine klare Antwort auf die Frage, wie sie sich zu dem Landtag und konterrevolutionären Auftreten Ruth Fischers und Scholens im Reichstag verhalten. Die Genossen Ritter und Kessler gaben die Erklärung ab, daß sie nach wie vor auf dem Boden der Politik der Maslow, Ruth Fischer und Urbahns stehen. Die amnestierenden Parteiarbeiter aus dem Bezirk und die Mitglieder der Bezirksleitung nahmen scharf Stellung gegen dieses Verhalten und forderten energische Maßnahmen zur Sicherung der Parteiarbeit.“

Es wurde eine Resolution von der Bezirksleitung vorgelegt, in der es heißt:

„Das konterrevolutionäre Auftreten der Ruth Fischer und Scholens im Reichstag, die Verschönerung der Partei als eine sozialdemokratische und der Aufruf zur Spaltung der Partei, für Kampf gegen die Kommintern, zeigen den arbeitserföndlichen Kurs dieser antisozialistischen Elemente klar auf.“

Der offene Verrat an der Sache der Revolution entspricht ihrer Heiligtumsverletzung. Die KPD fordert die wenigen oppositionellen Genossen in Baden auf, auf die Spaltungsschritte dieser Elemente die einzig richtige Antwort zu geben und sich immer fester an die kommunistische Partei anzuschließen. Scharf ist es, daß die kommunistischen Genossen der Opposition und fordert sie auf, endlich ihre fraktions- und Spaltungstendenzen aufzugeben. Die Parteimitgliedschaft wendet sich mit Empörung und Enttäuschung gegen das fraktionsstrebende der Opposition. An die Arbeit für die kommunistische Partei Deutschlands und für die Kommintern!“

Der Kampf um die französische Heeresreform

Paris, 28. Juni. (Eig. Draht.) In der Kammer kam es am Dienstag bei der Beratung der Heeresreform zu einer Agerungsdebatte wegen eines Antrags Renaudel auf Zurückverweisung des Artikels 49 des Entwurfs an die Kommission. Dieser Artikel erklärt die Einführung der einjährigen Dienstzeit für unmöglich, solange nicht ein Minimum von rund 60 000 Berufssoldaten erreicht ist. Oberst Gaby verteidigte diese Fassung, während Renaudel im Namen der Linken erklärte, daß eine solche Bedingung die Einführung der einjährigen Dienstzeit unter Umständen verschleppen könnte. Er verlangte deshalb die Rückverweisung des Artikels an die Kommission, die in etwa weniger scharfer Form die Einführung der einjährigen Dienstzeit bei einem Bestand von unter 60 000 Berufssoldaten entscheiden soll. Der Artikel ging sofort an die Kommission zurück, die aber den sozialistischen Antrag verworfen und den Artikel in unänderlicher Form an die Kammer zurückgab. In die Diskussion, die nun entstand, griff Poincaré persönlich ein und verlangte, unter Stellung der Vertrauensfrage, die Ablehnung des Antrags Renaudel. Mit 314 gegen 235 Stimmen wurde daraufhin der sozialistische Antrag abgelehnt und der Gesamtentwurf über die Heeresreform nach kurzer Diskussion mit 349 gegen 240 Stimmen angenommen.

Ein weiteres Todesurteil in Rußland

Moskau, 28. Juni. (Meldung der Teltar-Agentur der Sowjetunion.) Ein ehemaliger Offizier der Kollisch-Armee namens Malin, auf dessen Befehl seinerzeit über 800 Mann erschossen worden sind, wurde zum Tode verurteilt.

Pläne gegen das parlamentarische System in England

London, 28. Juni. (Eig. Draht.) Die Fraktion der Arbeiterpartei hat am Dienstag einen durch die Oberhausreformpläne der Regierung veranlaßten, scharf gehaltenen Mißtrauensantrag gegen die Regierung beschlossen. Die Resolution drückt eingangs das Bedauern aus, daß die Regierung Pläne vorgebracht hätte, welche die Verfassung im Interesse der konservativen Partei zu verewaltigen suchten. Der Mißtrauensantrag führt dann weiter wörtlich fort:

„Der Plan der Regierung nimmt dem Unterhaus jede Kontrolle über die Finanzen, welche es seit Jahrhunderten besessen hat. Er stellt das Oberhaus auf der Basis der Erblichkeit nachdrücklicher und er beantragt, allen Präzedenzfällen der modernen Zeit zum Trotz, der Wählerhaft die Macht, über das Oberhaus zu bestimmen. Das Unterhaus erklärt daher, daß die Durchführung einer solchen Verlage durch das Parlament ohne ausdrücklichen Mandat der Nation eine Verewaltung der Verfassung darstellt.“

Dieser Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei wird von Ramsay MacDonald, welcher nach seiner dreimonatlichen Erkrankung mit Beginn des nächsten Monats auf seinen Posten als parlamentarischer Führer der Arbeiterpartei zurückkehrt, im Laufe der kommenden Woche im Unterhaus eingebracht werden. Am Dienstag Nachmittag trat in London der aus über 800 Mitgliedern be-

stehende Zentralrat der konservativen Parteiorganisation Großbritannien zusammen, um über die Reformpläne der Regierung für das Oberhaus zu beraten. Der Konferenz lag eine von 50 konservativen Abgeordneten eingebrachte Resolution vor, in welcher grundsätzlich die Notwendigkeit einer Oberhausreform bejaht, die Regierung jedoch aufgefordert wird, keinerlei weitere Schritte in dieser Angelegenheit zu unternehmen, bis die konservative Unterhausfraktion voll und ganz die Angelegenheit durchberaten hätte. In der Diskussion kam eine starke Kritik an den Reformplänen der Regierung zum Ausdruck, jedoch zeigte die Abstimmung, daß der Zentralrat der konservativen Partei als das oberste Organ der Partei mit überwiegender Mehrheit hinter dem Vorschlag der Regierung steht. Damit erlebten sich die von einzelnen sensationellsten Morgenblättern in großer Aufmachung gebrachten Mitteilungen, welche den Eindruck zu erwecken versuchten, als ob im Hinblick auf die Reformpläne des Oberhauses eine schwere Krise im konservativen Lager unmittelbar bevorstünde.

Die Pariser Köpenickiade vor Kammer

Paris, 29. Juni. (Zentralrat.) Zum Schluß der Dienstaussgabe kam die sozialistische Interpellation über die Betretung Daudets zur Sprache. Unter großer Heiterkeit des Hauses kritisierte der sozialistische Abgeordnete Uhr das völlige Versagen der Regierung und überprüfte Justizminister Barbois mit 5. Neben dem Spott, mochte zeitweise Salzen der Heiterkeit ausgelöst werden. Der Ausrichter mochte auf der Tribüne der gleichzeitigen mit Daudet befreite Kommunistenführer Smaud an der Seite des Leiters der Aktion Frankreich den Verhandlungen bei. Der Justizminister beantragte Verweisung der Betretung und stellte, wie es Uhr vorausgesetzt hatte, unter großer Heiterkeit des Hauses die Vertrauensfrage. Dementierend beschloß die Kammer mit 350 gegen 165 Stimmen die Verlegung der Interpellation.

Nationalistisches Mörderneß

Berlin, 29. Juni. (Zentralrat.) Der Vorwärts weist darauf hin, daß Arensdorf, die Stätte des jüngsten Reichsbannermordes, eine der Driehäfen ist, in denen der wegen Anstiftung zum Mordmord zum Tode verurteilte Oberleutnant Schulz eine seiner Landvolksgruppenführer gründete. Der neuen Ortsgruppe verkaufte Schulz damals etwa 20 uniformähnliche Anzüge, sogen. „Deutsche Tracht“.

Die Werwolfblutart in Arensdorf

Berlin, 28. Juni. (Eig. Draht.) Der preussische Justizminister hat für die Unteruchung des Verfalls in Arensdorf den preussischen Oberstaatsanwalt in Frankfurt a. d. Oder einen beim Generalstaatsanwalt, beim Kammergericht beschäftigten Staatsanwaltschaftsrat beauftragt. Der Untersuchungsrichter in Frankfurt a. d. Oder wird sich ausschließlich der Auffassung dieses Sachverständigen widmen und von seinen sonstigen Dienstgeschäften entsetzt werden. Die Unteruchung wird also mit allen zu Gebote stehenden Kräften gefördert werden. Gegen die Entlassung der dem Amtsgericht Mühlberg vorgeführten Schuldiaten Hoffmann und Bente hat der Oberstaatsanwalt Beschwerde bei der Strafkammer in Frankfurt a. d. Oder eingeleitet. Die Strafkammer in Frankfurt a. d. Oder hat die Haftbeschwerde des angeklagten Schmelzer verworfen und den Haftbefehl wegen dringenden Verdacht des Mordes aufrecht erhalten.

Zwei Zeugen

Berlin, 28. Juni. (Eig. Draht.) Nach den in der Öffentlichkeit bekannt gegebenen Mitteilungen der in Arensdorf überfallenen Reichsbannerleute, daß sie bereits bei der Einfahrt in das Dorf von einer Gruppe uniformierter Stahlhelm- oder Werwolfleute bedroht worden seien und dadurch den Eindruck eines organisierten Mordversuchs erlitten, haben sich die Unterzeichneten zu folgender Mitteilung an die die Unteruchung führenden Behörden veranlaßt:

„Wir führen, von Berlin kommend, am Sonntag, dem Tage nach dem Überfall, vormittags zwischen 11 und 12 Uhr im Auto nach Arensdorf. An einer rechtsliegenden Seitenstraße am Eingange des Dorfes stand eine Gruppe von 6-8 uniformierten Stahlhelm- oder Werwolfleuten, die, als sie den schwarz-rot-goldenen Wimpel an unserem Auto sahten, in wüste Schimpfereien ausbrachen, die Häuser hallten, und sich hielten, als ob sie Steine erheben wollten. Im Dorfe haben wir einen Gendarmenwachtmeister, der diesen Verfall allerdings nicht beobachtet konnte. Es erscheint uns wertvoll, darauf hinzuweisen, weil es unseres Erachtens die Pflicht des für die öffentliche Sicherheit und Ordnung verantwortlichen Amtsvorstehers gewesen wäre, am Tage nach einem Verfall wie dem nun in aller Welt bekannten, dafür Sorge zu tragen, daß solche Zusammenkünfte sich in dem betreffenden Orte nicht hätten ereignen dürfen. Die scharfe Entlassung der beiden Werwolfmilitärs, die durch ihren Überfall auf einen kraftfahrenden Reichsbannermann, die eigentlichen Urheber des Verfalls geworden sind, dürfte sicherlich nicht dazu beitragen, die Parteien des Dorfes bedrohende Bandenbildung, wie wir beobachtet konnten, zu verhindern. Wäre eine ernsthafte Verurteilung an die Dorfbewohner ergangen, wäre der Vorfall, den wir beobachtet durften, sicherlich nicht erfolgt.“

Otto Weis, R. d. R. Konrad Ludwig, R. d. R.

Der Kampf um die badische Simultanschule hat begonnen

Es ist das höchst zweifelhafte Verdienst der Deutschen Volkspartei, insbesondere des allezeit mißgünstigsten Herrn Dr. Mattes, den Kampf um die Erhaltung der badischen Simultanschule aufzuerrollt und damit in dem politischen Vorzeigebüchlein der heutigen Schulgesetzgebung ein großes Durcheinander angerichtet zu haben. Wie die Öffentlichkeit weiß, hat der unbändige Trieb politischer Neugierde die Siebenmännerfraktion im Badischen Landtag veranlaßt, die badische Regierung zu fragen, wie es eigentlich mit der badischen Schule im kommenden Reichsschulgesetz stehe. Eine Frage, die so naiv ist, daß man sie selbst Herrn Mattes nicht glaubt. Es müssen also andere Gründe hinter dieser volksparteilichen Wühlgierde stecken. Die Debatten im Landtag in den letzten Tagen haben diese Gründe auch zu Tage gefördert. Der Volkspartei ist es nämlich offenbar gar nicht so sehr um die Simultanschule zu tun, wie darum, sich wieder einmal ein bißchen wichtig zu machen und bei dieser Gelegenheit in die Koalition etwas Unfrieden zu bringen. Wir versichern Herrn Mattes, daß er dazu wirklich nicht das Format hat.

Um aber unsere Parteigenossen in Stadt und Land, namentlich aber auf dem Land und in den kleinen Städten, wo durch den Schulbürgerkrieg der Volkspartei die meiste Gefahr droht, ins Bild zu setzen, möchten wir kurz auf die parlamentarische Situation eingehen, so wie sie jetzt liegt und aus der heraus am 1. Juli im Landtag die erste Entscheidung gefällt werden soll. Den Ausgangspunkt bildet der Antrag Nr. 81 der Volkspartei, der verlangt, die badische Regierung solle bei der Reichsregierung und im Reichsrat darauf hinwirken, daß die Erhaltung der jetzigen badischen christlichen Simultanschule im Reichsschulgesetz gesichert wird; oder wenn die nicht erreichbar ist, daß die Anwendung des Reichsschulgesetzes auf die Länder mit christlicher Simultanschule der Landesgesetzgebung überlassen wird.

An diesem Antrag fällt vor allem auf, daß hier auf einmal unsere badische Volkspartei als eine „christliche Simultanschule“ bezeichnet wird. Wenn das nur ein Spiel mit Worten sein soll, so ist es ein vollkommen unnützes Spiel. Soll aber damit eine Festlegung auf den Charakter der Schule gewollt sein, so ist das ein Novum, das man eigentlich der Volkspartei nicht antun sollte. Aber diese kleinen politischen Kinder ebensowenig etwas größerer Väter sind offenbar sehr fromm geworden, Herr Vba. Obkircher stimmt ja bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit einen Lobgesang auf die Religion an, die dem Volke erhalten bleiben müsse, und so könnte auf diese Weise dieses Einschleichen erklärt werden. Aber wir zweifeln daran, daß dies nur der Ausfluß der schlichten Frömmigkeit volksparteilicher Herzen ist. Vor allem aber ist es sachlich falsch. Unsere Schule ist weder eine christliche, noch eine jüdische, noch freireligiöse. Sie ist eine allgemeine Volksschule, in die Kinder aller Bekenntnisse und Weltanschauungen gehen und in der sie neben dem weltlichen auch noch ihren Religionsunterricht, notabene nicht unter der Aufsicht des Staates, sondern der Kirche, erhalten.

Über nun ist einmal dieser Begriff, dieser sachlich falsche und politisch gefährliche Begriff geäußert worden. Und da dort, wo die Volkspartei liegt, die Demokraten, einschließlich des Vba. Schleichs, dem Vorsitzenden des Badischen Lehrervereins, der auf das Programm des Deutschen Lehrervereins mit der allgemeinen weltlichen Schule verpflichtet ist, da also dort die Demokraten nicht haften können, so haben sie es für nötig gehalten, diese Formel von der „christlichen“ badischen Schule zu übernehmen und haben nun ihrerseits auch einen Antrag gestellt, der dem volksparteilichen so ähnlich sieht wie ein Ei dem andern. Die Sozialdemokratische Fraktion hat daraufhin ebenfalls sich genötigt gesehen, einen Antrag zu stellen, und zwar den einzigen, der wirklich sachlich und inhaltlich richtig sich mit der Materie befaßt und der insbesondere die historischen Tatsachen der badischen Simultanschule nicht ins Konfessionelle umgießt; dieser sozialdemokratische Antrag lautet deshalb:

„Die Anträge Mattes und Glöckner sollen dahin abgeändert werden, daß (statt badischer christlicher Simultanschule) geschrieben wird: die Erhaltung der jetzigen badischen Simultanschule, in welcher die Erteilung des Religionsunterrichts für alle staatlich anerkannten kirchlichen und religiösen Gemeinschaften gewährleistet ist.“

Das entspricht dem Geist und der Wirklichkeit der badischen Volksschule und vor allem dem Wortlaut der badischen Verfassung. Und nun zeigte sich im Haushaltsausschuß das Interessante, daß Volkspartei und Demokraten sich nicht, wie sie doch sonst draußen immer zu erächeln pflegen, auf den Boden der bestehenden badischen Schule stellten, sondern daß sie sich für die „christliche“ Simultanschule einsetzten. Infolge der Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags stellte dann der Haushaltsausschuß als solcher einen Antrag, der im Wesentlichen den Wortlaut des demokratischen Antrages hat.

Dieser Antrag nun kam in der 35. Sitzung des Landtags am 23. Juni zur Beratung. Es sei gleich vorausschickt, daß in dieser Sitzung eine Entscheidung nicht erfolgte.

In dieser Sitzung wurde nämlich von Seiten des Zentrums ein Antrag Schöfer eingebracht, der folgenden Wortlaut hat:

„Die Unterzeichneten beantragen, der Landtag wolle beschließen, die Regierung möge entsprechend ihrer Erklärung vom 14. Dezember 1926 bei der Beratung über den Entwurf eines Reichsschulgesetzes im Reichsrat sich für Durchführung der Reichsverfassung einsetzen.“

Man kann diesen Antrag nur richtig verstehen, wenn man die Verhältnisse des Zentrumstreubers Dr. Fähr vom 2. Juni d. J. sich vergegenwärtigt und damit weiß, was das Zentrum unter

„Durchführung der Reichsverfassung“ verstanden wissen will. Leider ist die Interpretation der Schulartikel der Reichsverfassung umstritten. Das Zentrum steht auf dem Standpunkt, daß auf Grund des Artikels 146, 2. Absatz, auch für Baden das Recht zur Errichtung von konfessionellen Schulen geschaffen werden müsse. Die badische Sozialdemokratie (und auch die deutsche Sozialdemokratie, laut Antrag 198 des Räter Parteitages) steht auf dem Standpunkt, den der Abg. Dr. Marum am 2. Juni im Landtag klar formuliert hat:

Die Willkürhaftigkeit des Artikels 146 (Abs. 1) nach unserer Auffassung dahin richtig aus, daß in Deutschland die Gemeinschaftsschule (also in Baden die bestehende Simultanschule) den Vorrang hat vor der konfessionellen und weltlichen Schule. Ich stehe auf dem Standpunkt, und jeder muß auf diesem Standpunkt stehen, daß jedes Reichsschulgesetz, das der Gemeinschaftsschule nicht den Vorrang vor den beiden übrigen Schularten läßt, eine Veränderung der Bestimmung des Artikels 146 der Reichsverfassung ist und der erforderlichen Mehrheit bedarf, die zur Verfassungsänderung notwendig ist. Diesen Standpunkt werden wir in Baden und im Reich vertreten.“

Zu dem oben genannten Antrag Schofer hat nun die sozialdemokratische Fraktion mittlerweile einen Ergänzungsantrag gestellt, der nach unserer Auffassung von großer, man kann vielleicht sogar historischer Bedeutung sein kann, nämlich:

Dem Antrag Schofer ist am Schluß beizufügen: „... insbesondere dafür, daß der gemäß Artikel 146 der Reichsverfassung der Gemeinschaftsschule gebührende Vorrang vor der Konfessionsschule und Weltanschauungsschule gewahrt wird.“

Was bedeutet dies? Das heißt nichts anderes, als daß hier nun der sehr interpretierbare Inhalt des Zentrumsantrages einen bestimmten, und zwar den verfassungsgesetzlichen — vor allem auch auf den Sinn der badischen Verfassung bezogenen — Inhalt erhält, der praktisch die Erhaltung der badischen Volksschule in ihrer jetzigen bestehenden Art sichert.

Daraufhin hatte die Deutsche Volkspartei eine scharfe Nacht. Und da ihr offenbar nichts mehr einfiel, so beantragte sie sich, den sozialdemokratischen Antrag abzuschreiben und ihn als selbständigen Antrag einzubringen. Und da weiterhin, wenn die Sozialdemokratie etwas Vernünftiges macht, die Kommunisten auch wieder ihren Antrag aufzustellen, der verlangt, daß an die Stelle der badischen Simultanschule die weltliche Einheitschule eingeführt wird.

So liegen nun heute die Dinge. Die politische Situation ist nun die, daß die Volkspartei es in der Hand hat, durch Zustimmung zu dem sozialdemokratischen Ergänzungsantrag nicht nur die badische Simultanschule zu retten, sondern darüber hinaus sogar das zu tun, was beispielsweise ihr Freund auf der rechten Seite, Herr Reichert Mayer, von der badischen Regierung verlangt hat: nämlich etwas Propaganda für die badische Schule im Reich zu machen. Da sowohl deutschnationale wie Volkspartei in der Reichsregierung sitzen, so sollte man annehmen, daß sie für diese sozialdemokratische Maßnahme sehr dankbar sind. Warum sollte es nicht einmal ausnahmsweise auch Dankbarkeit in der Politik geben?

Was nun kommen, was immer wolle: auf jeden Fall kann die badische sozialdemokratische Landtagsfraktion für sich in Anspruch nehmen, daß sie mit Ernst und mit der ihr möglichen politischen Aktivität sich für die Erhaltung der badischen Simultanschule praktisch eingesetzt hat. Die Volkspartei und die Demokraten aber, wir betonen ganz besonders, daß auch bei den letzteren die Verantwortung mitgetragen liegt, können beweisen, ob es ihnen ernst ist mit der Erhaltung der badischen Simultanschule. Insbesondere hat die Volkspartei jetzt eine Gelegenheit, den vielen Ungläubigen zu zeigen, daß es ihr in Wahrheit bei dieser Aktion um die Schule und nicht um parteipolitische Vorteile gegangen ist. Nun ist die Situation auch in Baden die gleiche wie im Reich: auch hier liegt die Entscheidung wesentlich bei der Haltung der Volkspartei. Sieht Herr Mattes und seine Leute das nicht ein, dann kann sich, wie der Abg. Hofmann neulich ganz richtig sagte (freilich ohne für seine Fraktion die Konsequenzen daraus zu ziehen) ausgerechnet Herr Prälat Schofer bei ihm bedanken für die volksparteiliche Unterstützung der schulpolitischen Pläne des badischen Zentrums.

Der 1. Juli 1927 wird also in der badischen Schulgeschichte ein wichtiger Tag sein. Die badische Sozialdemokratie aber kann ihn in aller Ruhe erwarten; sie wird auf dem Posten sein, die kulturellen Belange des Volkes zu schützen. Mögen die Liberalen und die Demokraten und die deutschnationalen dann auch wissen, was sie zu tun haben.

Die Frauen von Tannb

Roman von Ernst Zahn

48 (Nachdruck verboten)

„Daher, Klemens,“ sagte er in dem knappen und eigenwilligen Ton, in dem er oft widerpenfliche Wortkinder regierte, Klemens schob die Hand in die Tasche. Da fühlte er ihn hart beim Handgelenk und zog ihn näher ans Fenster.

„Kennst du die da?“ fragte er, in die Straße hinabweisend.

„Das ist Fräulein Balmott,“ sagte Klemens halb widerwillig, halb erstaunt.

„Jawohl, das Fräulein Balmott,“ wiederholte Jon Flurz mit sonderbarem Nachdruck, „und sieh dir sie recht an, das Fräulein Balmott.“

Beide blickten unwillkürlich eine Weile hinab. Auch die anderen, mit Ausnahme der Marianne, wendeten sich dem Fenster zu.

Unten ging Anna Julia langsam vorüber. Sie war schwarz gekleidet, ein langer Trauerkleider wälzte ihr über den Rücken hinab, und aus den Falten des graffenen Kleides schimmerte ihre weiße Hand.

„Von der will ich dir etwas sagen, weil ich weiß, daß sie es mir verzeiht, wenn ich es sage, und obgleich man dergleichen Dinge von Menschen sonst nicht weiterverträgt.“

Es wurde in der Stube so still wie in der Kirche.

„Die ist einem rechtschaffenen Manne gut und er ihr, und es steht nichts zwischen ihnen, gar nichts, hörst du, Klemens, Komedi, auch die Krankheit nicht. Aber — ihr Glück wäre der Schade einer großen Sache. Darum gibt sie es hin. Ihr ist das Bedürfnis, hart und ein Beispiel zu sein, mehr als die eigene Bebaulichkeit. Vielleicht denkst du darüber nach, Klemens Komedi, ehe du den Frieden hier auseinander drückst.“

Klemens hatte sich längst wieder in die Stube zurückgewandt. Er schritt hin und her, bewachte ungeduldig die Arme und machte Miene, den Varrer zu unterbrechen. „Keiner versteht mich!“ rief er dann heraus und ließ in einer Art Verzweiflung aus der Tür.

Jon Flurz blieb zurück, und die andern sammelten sich um ihn. Er erzählte ihnen Anna Julias Geschichte. Die alten Komedis kamen mit ihrer Not und sprachen halblaut, klagten und baten um

Bratiannu wieder rumänischer Ministerpräsident



Die Neubildung des Kabinetts in Rumänien hat wieder Ioan Bratiannu, der bekannte und berühmte Politiker durchgeführt. Bratiannu ist 1864 geboren, war Ingenieur, seit 1896 Abgeordneter und seit 1897 oft als Minister tätig. 1909 wurde er Leiter der liberalen Partei. Bei Beginn des Weltkrieges war er Ministerpräsident, und Rumäniens Antritt an die Alliierten kommt in erster Linie auf Bratiannu's Konto. Nach dem Kriege wurde er als Ministerpräsident zurücktreten und wurde auf Beschluß der rumänischen Kammer wegen Unterlassungen unter Anklage gestellt; er blieb aber Führer der Liberalen und der Struppellose der Politiker Rumäniens.

Der mieterfeindliche Reichstag

Der Reichstag will sich um den Mieterschutz herumdrücken. Berlin, 28. Juni. (Fig. Draht.) Der Reichstag hat am Dienstag die Gesetzentwürfe zur Abänderung des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzgesetzes, sowie alle dazu gestellten Anträge der Parteien dem Wohnungsamt zur weiteren Beratung überwiesen. Unter diesen Anträgen befindet sich auch ein sozialdemokratischer Antrag, der von der Reichsregierung die Fortsetzung eines Gesetzesentwurfes über ein sozialeres Miets- und Wohnrecht verlangt. Außerdem hat der Reichstag die Geltungsdauer des jetzigen Mieterschutzgesetzes bis zum 31. Dezember 1927 verlängert. Die Reichsregierung hatte nur die Verlängerung bis zum 31. Juli vorge schlagen. In der Erkenntnis, daß diese kurzfristige Verlängerung unter Umständen den unbeabsichtigten Vorteil des ganzen Mieterschutzes hervorbringen könnte, haben aber die Regierungsparteien selbst die Verlängerung bis zum 31. Dezember 1927 beantragt. Nach der Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags, Verlängerung bis zum 30. Juni 1929 wurde einstimmig die Verlängerung um ein halbes Jahr beschlossen.

Dieses Ergebnis stellt zweifellos einen Erfolg des in erster Linie von der Sozialdemokratie geführten Kampfes um Schute der Mieter dar. Er darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß größere Gefahren noch drohen, denn die Regierungsvorläufe, für deren Beratung der Reichstag nun Zeit genommen hat, enthält Verschlechterungen des jetzigen Rechtszustandes. Solche Verschlechterungen drohen in noch größerem Maße bei den Anträgen der Wirtschaftspartei, die sowohl eine baldige erhebliche Lockerung des Mieterschutzes fordert, als auch die Beseitigung der Zwangsmiete für den Anfang des Jahres 1928 in Aussicht nehmen. Da diese Anträge auch Sympathien bei den übrigen bürgerlichen Parteien gefunden haben, werden noch in diesem Reichstag ernsthafte Kämpfe um den Mieterschutz zu führen sein.

Um 18.15 Uhr verließ sich das Haus auf Donnerstag 14 Uhr: Aufwertungsnotelle, Sperrrecht für Fürstenaufstellungsprozesse.

Es kann mir nichts geschehen!

In Krensdorf im Kreise Lebus hat ein Werwolfsmann seine und hinterläßt einen Reichsbannermann erschossen und 10 andere verletzt. Es kann sein, daß noch einer der Verletzten an den Folgen des Schusses sterben wird. Es war ein mobilvorbereiteter Ueberfall von Stahlhelmen und Werwolfleuten, die sich auf das Reichsbanner einerniert hatten. Landfriedensbruch, dazu Nord, wie er im Buche steht.

Aber der Mörder! Was hat er riskiert! Wird er unter schwerer Anklage sich zu verantworten haben, wird er die ganze Strenge des Gesetzes fühlen? Er selbst und seine Kameraden bei diesem feigen Ueberfall haben es vorher nicht geahnt, und ob sie es jetzt glauben werden? Denn diese Ueberfälle erfolgen aus dem Bewußtsein heraus: Es kann mir ja nichts geschehen! Es kann

mit nichts geschehen, denn für die republikanische Justiz sind die Reichsbannerleute Freiwild.

Das ist die allgemeine Bedeutung der Tat von Krensdorf: die grobe Organisation, deren Ziel die Ausbreitung des republikanischen Gedankens, der Schutz der republikanischen Verfassung ist, genießt nicht den Schutz der Gesetzgebung gegen ähnlich feige Ueberfälle von antirepublikanischen, staatsfeindlichen, rassistischen Verbänden. Die Reichsbannerleute, die stolz die Farben der Republik, die verfassungsmäßigen Reichsfarben durch die Städte und Dörfer tragen; müssen damit rechnen, daß sie ähnlichen Ueberfällen preisgegeben sind, und daß in vielen Fällen obendrein die Justiz der Republik noch den Verluh unternehmen wird, die Täter zu deden und die Spitze der Rechtsprechung gegen das Reichsbanner zu richten.

Dort im Kreise Lebus, in dem diese Mordtat geschehen ist, ist der Sitz jener Rittergutsbesitzer und ehemaliger Offiziere, die Geldgeber und Drahtzieher der rechtsradikalen Verbände sind. Dort wird die landwirtschaftliche Bevölkerung durch unerhörten Terror zu Stahelhem und Werwolf getrieben. Dort blüht die Hebe gegen die Republik, dort wird Schwarzrotgold in den Schmutz gezogen. Dort werden die Ueberfälle auf das Reichsbanner systematisch vorbereitet. Es ist nicht blinder Fanatismus, der zur Mordtat gegen Republikaner treibt, ohne die rechtlichen Folgen im Auge zu fassen. Man weiß dort, daß man Gleichgesinnte in der Justiz findet, die alles Mögliche aufbieten werden, um rechtsradikale Täter zu deden und zu entschuldigen.

Die politische Verwaltung hat nach der Tat von Krensdorf sofort das Jhre getan. Der Täter und zwei der rechtsradikalen Provolanteure sind verhaftet worden. Noch in der Nacht ist der Tatbestand festgestellt worden. Am anderen Tage ist das Dorf Krensdorf in großzügiger Weise nach Waffen und sonstigem Beweismaterial durchsucht worden.

Nun beginnt die Aufgabe der Justiz. Sie beginnt mit einem Akt, der bei allen Republikanern Empörung und Enttäuschung hervorrufen muß. Die beiden verhafteten Provolanteure, die den Ueberfall auf die Reichsbannerleute einleitete haben, sind zum Unteruchungsrichter wieder aus der Haft entlassen worden. Welche Wohlwollen der Justiz gegenüber rechtsradikalen Landfriedensbrechern! Wären es Reichsbannerleute gewesen — mehrere Monate Unteruchungshaft wäre ihnen sicher. Es geht schon wieder los! Die Haltung des Unteruchungsrichters ist ein kennzeichnender Auftakt zu der kommenden Bindung des Verbrechens von Krensdorf.

Hand in Hand mit dieser Justiz arbeitet die rechtsradikale Presse. Der Mörder ist ein Unzurechnungsfähiger, der aus Mord getrieben hat. Natürlich ist er auf eigene Faust geschossen — obgleich das ganze Dorf den Ueberfall systematisch vorbereitet hat. In Krensdorf und in der ganzen staatsfeindlichen und gemeingefährlichen Gegend wird man heute wieder höhnlachend sagen: Uns geschieht nichts.

Es ist deshalb republikanische Pflicht, mit Fingern auf die Schuldigen an dieser Mordtat zu zeigen. Die intellektuelle Schuld aber trägt die politische Justiz. Denn Justiz, die immer dann, wenn Reichsbannerleute gegen ähnlich feige Ueberfälle zur Selbsthilfe greifen, unerhört harte Urteile wegen Landfriedensbruchs fällt, die aber beide Augen andrückt, wenn rechtsradikale Verbrecher sich schwerer strafbarer Handlungen schuldig machen.

Jener August Schmeiser in Krensdorf, der die tödlichen Schüsse abgefeuert hat, soll unzurechnungsfähig sein. Er hat bey „Saab“ gefehlt“, er pocht auf den § 51: „Es kann mir nichts geschehen“. Er brachte nicht auf den § 51 zu pochen — er hat für sich die Tendenz einer gewissen Sorte von Justiz in der deutschen Republik.

Dieser Fall Krensdorf muß der Ausgangspunkt einer von Enttäuschung und Empörung getragenen Bewegung gegen die unerhöhte Parteilichkeit der politischen Justiz gegenüber rechtsradikalen Verbrechern werden. Das Reichsbanner will nicht länger Freiwild sein für politische Mordtaten und rechtsradikale Richter!

Die französischen Sozialisten und das Mobilmachungsgesetz

Paris, 28. Juni. (Fig. Bericht.)

Der Nationalrat der sozialistischen Partei hat am Montag die Diskussion über die Stellungnahme der Partei zum Mobilmachungsgesetz Paul Boncour durch beinahe einstimmige Annahme einer Entschließung beendet, die von einer Spezialkommission nach vierstündiger Diskussion ausgearbeitet worden ist. Die Entschließung beginnt mit der Feststellung, daß Veränderungen, die der Senat am Gesetzentwurf vorgenommen hat, es der Partei zur

Rat. Hinter ihnen stand Marianne, wieder gefasht. „Er muß zur Einsicht kommen,“ sagte sie.

„Laßt ihm Zeit,“ sagte der Varrer. „Mit ihm, als ob uns hier in Tannb ein Vorbild gefasht habe. Nun wir es haben, wird es uns helfen. Darum schweige ich nicht von Anna Julia Balmott.“

Sie setzten ihr vom Kummer des Hauses gedämmtes Gelächter noch eine Weile fort. Dann ging Jon Flurz.

Aber darin hatte er recht. Es hatte in Tannb ein Vorbild gefasht. Die Geschichte von Anna Julia und Daniel Pianta erzählte sich weiter von Haus zu Haus. Je weniger sicheres man wußte, um so mehr wurde daraus gemacht. Die Phantasie schuf die abenteuerlichsten Märchen. Dabei wurde Anna Julias Gestalt immer mehr ins Licht gerückt, und je mehr eine schone, mehr auf Vermutungen als auf Gewissheiten ruhende Bewunderung für sie Platz griff, um so mehr erwachte auch da und dort eine Sehne vor eigener Schwäche. Es war, als ginge abermals eine Mahnung zur Treue durch Tannb.

Die Versammlungen der Frauen, wie Pianta sie eingeführt, wurden wieder zahlreicher besucht. Es kamen Leute, die mochenlang ausgeblieben waren. Sie sahen an ihren alten Vätern, sprachen nicht viel, zeigten sich aber selbstiam beflissen, sich in den Reihen wieder bemerkbar zu machen, in denen sie gefasht hatten. Anna Julia sah in ihren Trauerkleidern unter ihnen, als ob nichts geschehen wäre. Wenn sie sprach, so redete sie von der Arbeit, die sie taten, oder von kleinen Ereignissen des Tages, und wenn Verrrer Pianta eintrat und sie fühlte, wie viele Blicke sich auf sie richteten, gab sie kein Schmei, sondern unterhielt sich gelassen und freundlich auch mit ihm, wenn die Gelegenheit es wollte. Das Gerede über sie war auch ins Haus Figt gedrunen. Die Gunde hatte es hergetragen, als die Justina mit dem Kinde da war. Als es erahbt war, sprach keines ein Wort darüber. Nur im Sinn hielten sie es festlich. Denn einige Tage danach, als die alte Frau, saghalter denn früher, ihr Knaekelbana, daß sein Mannsbild im Haus regierte, lenkte die Gunde verdrossen und kumpf den häßlichen Kopf. Dafür nahm der rote Tour das Wort und sprach mit einer ungewöhnlichen Entschlossenheit: „Es ist gegangen bis jetzt, so wie es jetzt ist, so wird es auch weiter gehen.“

Die Weiber schwiegen.

Von da an aber rückten sie nicht mehr an der Sache, mit der sie sich so lange getragen.

Jon Flurz, der Varrer, ging durch sein Dorf und lächelte heimlich. Es fuhr ja allmählich eine merkwürdige Zahmbreit in seine Gemeindefinder. —

Eines Tages sahen die arbeitenden Frauen in der Stube des Großrats Vater. Alle waren da, die zum Grunde gehörten. Nur die Berta fehlte. Eine nach der anderen frugte nach ihr, wie sie immer tat. Die kleine, verächtliche Mutter verbiß das Weisene und sagte: „Mein Mann will sie nicht beim lassen, so nödie sie mir wäre.“

Im Laufe des Abends nahm sie Anna Julia beiseite.

„Was soll ich tun? Die Berta ist der Stelle entlaufen, die der Vater für sie beiorat hatte. Sie kommt hierher heute abend, will mich draußen erwarten. Ist es nicht furchtbar, wenn das einzige Kind in Nacht und Dunkel heimlich ins Elternhaus schleichen muß? Und wie soll es heimlich bleiben mit all den Frauen in der Stube? Wenn aber der Vater davon erfährt —“

Die schwache, unbedachte Frau, die neben dem hochfahrenden Ehemann den eigenen Willen, aber auch alle Selbständigkeit des Handelns verloren hatte, war ratlos.

Anna Julia wollte sie trösten. „Ich bleibe bei den Frauen. Geht immerhin hinaus; ich will schon eine Ausrede finden.“

Aber die andere jammerte weiter. „Was soll ich ihr lassen? Ich weiß nicht, was der Großrat, mein Mann, für sie meint und was ich ihr lassen darf.“

„So laßt mich mit ihr sprechen,“ sagte Anna Julia mit dieser ihrem Entschluß.

„Wenn Sie das wollten!“ dankte die Frau.

„Wann kommt sie?“

Die Frau des Vater dämmte die Stimme noch mehr: „Wer weiß, ob sie nicht schon draußen steht.“

Nach einer Weile begab Anna Julia sich unauffällig hinaus.

Es war eine ruhige, kalte Winternacht. Sie hatte keine Sterne, sondern war von Nebeln durchzogen, düster und schwarz. Nur der Schnee gab eine leise Helligkeit und ließ den Fuß seinen Weg finden. Anna Julia trat aus der Hintertür des Vaterhauses und schritt vorsichtig weiter, nach derjenigen Schwende, die da draußen warten sollte.

Bald kam aus einer dunkeln Ecke zwischen Haus und Stall ein bebutsamer Anruf: „Seid Ihr es, Mutter?“

(Fortsetzung folgt.)

Aufgabe mache, den parlamentarischen Vertretern genaue Richtlinien für ihr Verhalten bei der Endabstimmung zu geben. Die Parlamentarier werden deshalb beauftragt, alle Anstrengungen zu machen, um die hauptsächlichsten Auffassungen zu vereinbaren, die während des Krieges für die sozialistische Partei maßgebend waren. Diese Auffassungen seien denn auch durch Paul Boncour im Geheimentext aufgenommen worden und sind folgende:

Die Mobilisierung darf nur auf Grund eines Parlamentsbeschlusses verflügt werden. Die kapitalistischen Unternehmungen werden im Kriegsfalle beschlagnahmt, Kriegsgewinne sind verstaatlicht und der gesamte Versorgungsdienst der Armeen mobilisiert werden. Die waffen- und beschlagnahmten Franzosen sind im Mobilisationsfall gleich. Außerdem müßten die sozialistischen Parlamentarier energhch gegen die Auffassung auftreten, als ob das Mobilisationsgesetz eine Militarisierung der französischen Frau oder eine Beschuldigung der demokratischen Freiheit enthalte. Falls die Bemühungen der sozialistischen Parlamentarier in allen den obengenannten Punkten auf den feststehenden Wünschen anderer Parteien stoßen sollten, wird die sozialistische Parlamentsgruppe beauftragt, gegen den Geheimentext zu stimmen. Diese Entschließung wurde mit 2992 gegen 208 Stimmen angenommen. 165 Stimmen fielen auf eine extreme Entschließung, die das Prinzip der nationalen Verteidigung selbst ablehnt. Vor der Abstimmung kam es zu einer erregten Auseinandersetzung zwischen Zaremko und von Blum, da der erstere verkündete, daß die Parlamentsgruppe selbst dann gegen den Entwurf stimmen müßte, wenn auch nur ein Punkt der obigen Entschließung von der Kammermehrheit verworfen würde. Blum, unterstützt von Paul Boncour und Renaudel, sprach sich sofort gegen eine solche harte Stellungnahme aus, die eine praktische und nutzbringende parlamentarische Tätigkeit unmöglich mache. Schließlich drang keine Auffassung durch, Zaremko erklärte aber, daß er gegen die Entschließung stimmen werde.

Zentrumsprelle und Nationalfeiertag

Die Sozialdemokratische Partei hat zusammen mit den Demokraten bekanntlich vor kurzem im Reichstag einen Initiativantrag eingebracht, daß der Verfassungstag am 11. August zum Nationalfeiertag erhoben werden soll. Am Montag nimmt nun das große rechtsstehende weisliche Zentrumslager, die Tremonia, in einem parlamentarisch Stellung zu der Frage des Nationalfeiertages. Sie kommt zu dem Schluß, daß der 11. August durchaus geeignet ist, den deutschen Nationalfeiertag abzugeben, zumal die Kräfte, die gefühlsmäßig gegen den 11. August einestellen sind, immer kleiner werden und die überwiegende Mehrheit des Volkes immer mehr zu der Überzeugung kommt, wach große Teil der Schaffung des deutschen Verfassungstages sei. Die Tremonia kommt zu dem Schluß, daß das Zentrum den Antrag der Sozialdemokratie nicht ablehnen könne und benutzt die Gelegenheit, gleichzeitig scharf mit den Deutschen Nationalen abzurechnen, die in ihrer widerprüchlichen Politik ablehnt die Verfassung bekämpfen und doch den Reichsinnenminister, d. h. den reformmächtigen Richter über die Verfassung in der Reichsregierung, gestellt haben. Es ist zu begrüßen, daß mit dieser Stellungnahme der „Tremonia“ auch der rechtsstehende Teil des Zentrums sich klar und eindeutig für den 11. August als Nationalfeiertag ausgesprochen hat.

Für Herabsetzung des Mehlzolls

Durch den Ablauf des deutsch-französischen Handelsvertrages droht eine wesentliche Verteuerung des Mehl- und Brotpreises. In dem bisherigen französischen Handelsvertrag betrug der Zoll 11,50 M. Nach Ablauf des Vertrages vom 1. Juli steigt er auf den Satz von 12,50 M., den die Reichsmehrheit des Reichstages vor einiger Zeit gegen den Willen der Sozialdemokratie beschlossen hat. Um das zu verhindern, hat die Sozialdemokratie im Reichstag den Antrag eingebracht, den Satz wieder wie früher auf 10,50 M. Mark für den Doppelsentner festzusetzen. Der Antrag ist, ist am Schluß der Reichstagskammer am Montag auf Antrag der Sozialdemokraten beschlossen worden, diesen Antrag dem Handelspolitischen Ausschuss des Reichstages zu überweisen.

8. Badischer Mietertag

Den öffentlichen Verhandlungen des Mietervertrages in Karlsruhe, über die wir bereits gestern berichteten, folgten die rein geschäftlichen Verhandlungen.

Der Verbandsvorsitzende ergänzte seinen Geschäftsbericht. Er wies in erster Linie darauf hin, daß er sich bei seinem Bericht sehr kurz fassen könne, weil ja sein Bericht über die mieterpolitische Tätigkeit des Verbandes gedruckt den Vertretern vorliegt. Es handelte sich also bei seinen folgenden Ausführungen lediglich noch um einige geschäftliche Mitteilungen. Dazu bemerkte er, daß sich der Verband auch im letzten Jahre trotz der schlechten wirtschaft-

lichen Lage in einer Aufwärtsbewegung befindet, so daß angenommen werden könne, daß auch hier die Kräfte überwunden und eine gedeihliche Weiterentwicklung gewährleistet sei. Nach der rein organisiatorischen Seite müßten allerdings einige Änderungen getroffen werden, die eine straffere Zusammenarbeit des Verbandes mit dem Bunde Deutscher Mietervereine ermöglichen, wie überhaupt auch die Gesamtorganisation viel straffer gefaßt werden müßte, um die Ziele zu erreichen, die sich der Bund in seinem Programm gestellt habe. Auch die Zeitung habe sich sehr gut entwickelt und es sei im Interesse der Mieterbewegung und der Mieterschaft nur zu hoffen und zu wünschen, daß auch hier die Mittel weiter zur Verfügung gestellt würden, um dieses so wichtige Bindeglied zwischen Leitung und Mitgliedern auf der bisherigen Höhe halten zu können.

Hierauf erstattete der Verbandsrechner Fuchs den Kassenbericht, der ebenfalls gedruckt vorlag und einen günstigen Stand aufwies. Auch hierbei war zu erleben, daß sich der Verband im Rahmen des Voranschlages bewegt hatte, und daß Überschreitungen, die zu Beanstandungen hätten Veranlassung geben können, nicht vorkamen.

Der Bericht über die Rechnungsprüfung ergab ebenfalls keine weiteren Beanstandungen, so daß ohne weiteres der Antrag auf Entlastung des Rechners und des Gesamtvorstandes gestellt werden konnte.

Die Aussprache über beide Berichte ergab erfreulicherweise die Zustimmung der Vertreter zu der Arbeit des Landesvorstandes. Eine ausgiebige Aussprache lösten die vorgelegten Anträge des Landesvorstandes über eine Beitragserhöhung und über einen Antrag Karlsruhe in der Frage der Mieterzeitung aus. Gegen acht Stimmen fand ein Antrag Marzloff-Freiburg Annahme, der bestimmt, daß ab 1. Januar 1928 pro Mitglied und Monat ein Beitrag von 15 Pfennig an die Landeskasse abzuführen sei.

Die Wahlen zum Landesvorstand hatten das Ergebnis, daß der bisherige Gesamtvorstand wiedergewählt wurde. Als Ersatzleute für den erweiterten Vorstand wurden Binzel, Bedelberg und Zimmermann-Konstanz bestimmt.

Der Vorsitzende Ramm faßte zum Schluß die einzelnen Beschlüsse und Anregungen zusammen. Er gab seiner außerordentlichen Freude darüber Ausdruck, daß diese Tagung auf Grund der gefaßten Beschlüsse sowohl, wie insbesondere durch die auf ihr ausgegangene Einmütigkeit und Geschlossenheit der badischen Mieterbewegung in einem Markstein sich gestaltet habe, die zeigt, daß trotz aller Schwierigkeiten und Bemühungen, die unieren Aufgaben und Zielen entgegenstehen, die Mieterbewegung Badens ihren Weg andert und zielgerichtet weitergehen wird, und daß sie nicht er-

lahmt, ihren Kampf fort- und durchzuführen, bis zum endgültigen Siege. Mit einem starken Bekenntnis der gesamten Vertreter zu unieren Aufgaben und dem festen Willen, alles zu ihrer Durchführung aufzubieten, fand die eindrucksvolle Tagung um 5 Uhr ihren Abschluß.

Freistaat Baden

Badischer Landtag

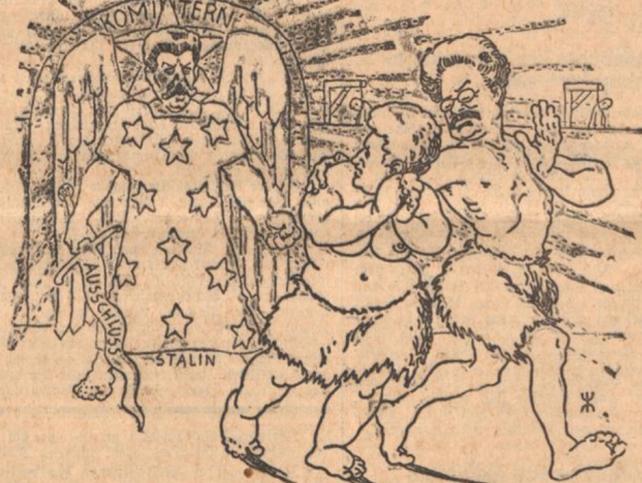
Öffentliche Sitzung des Badischen Landtags am Freitag, den 1. Juli 1927, vormittags 9 Uhr.

Die Tagesordnung lautet:

1. Mitteilung der Eingänge.
2. Zweite Beratung des Geheimentextes über die vierte Änderung des Landtagswahlgesetzes (Drucksache Nr. 72 und 72 L). — Nammentliche Abstimmung! — Berichterstatter Abg. Dr. Engler.
3. Abstimmung über die Anträge der Abg. Dr. Mattes und Gen., Reichsschulgesetz (Drucksache Nr. 81-81). — Nammentliche Abstimmung! —
4. Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses und Beratung über den Geheimentext über die vierte Änderung des Gebäudesondersteuergesetzes (Drucksache Nr. 84) und damit in Verbindung a) den Antrag der Abg. Bod u. Gen., Gebäudesondersteuer und Wohnungsförderung (Drucksache Nr. 64), b) die Gesuche
 1. des Verbandes badischer Gemeinden, der Vereinigung der Bürgermeister des Bezirks Konstanz des Verbandes badischer Gemeinden, der Vereinigung der Bürgermeister des Amtesbezirks Bretten des Verbandes badischer Gemeinden, Verteilung des für den Wohnungsbau bestimmten Landesanteils an der Gebäudesondersteuer,
 2. des Verbandes badischer Grund- und Hausbesitzervereine, Erhöhung der in der Miete enthaltenen Sätze für Instandsetzungs- und Betriebskosten,
 3. des Landesverbandes badischer Mietervereine, Verwendung der Mietererhöhung zur Förderung des Wohnungsneubaus,
 4. der Mietervereinsinnung Karlsruhe, Verwendung der Mietererhöhung (Druck. Nr. 84a), Berichterstatter Abg. Kildert.
 Weitere Gegenstände vorbehalten nach dem Ergebnis der Ausschlußberatungen.

Die Vertreibung aus dem Sowjetparadiese.

Gegen Trozki und Sinowjew ist der Ausschluß aus der Komintern beantragt.

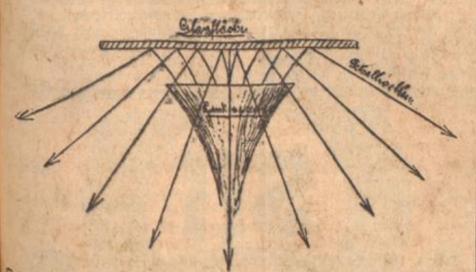


Adam Trozki zu Eva Sinowjew: „Weine nicht, wir als die ersten Bewohner des Sowjetparadieses wissen ja am besten, welche Höhle es ist!“

Verbesserte Lautsprecherwiedergabe

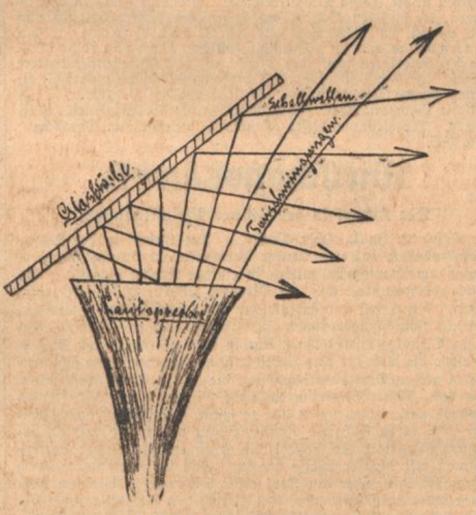
Beim Lautsprecherempfang macht der Radiöhörer immer die Feststellung, daß die Wiedergabe von Einzeldarbietungen in Sprache oder Musik einwandfrei unmöglich ist, während Orchestermusik in den meisten Fällen nur unzureichend zu vernehmen ist. Die Ursache dafür ist darin zu suchen, daß bei Orchesterkonzerten die Töne gewissermaßen von einer erweiterten Fläche auf das Mikrophon zufließen. Während bei Solis die Wiedergabe in einer Richtung ohne irgendwelche Nachteile auf das Ohr des Hörers wirkt, ist es ganz natürlich, daß die Wiedergabe der im Lautsprecher ebenfalls auf einem Punkt gedrängten vielen Töne durch nur die zusammengepreßten Tonwellen vermindert, in der die kleinen Schwingungen verschwinden.

Aber erst die feineren Schwingungen bringen dem Hörer den vollen Genuß eines Orchesterkonzertes. Voraussetzung für eine korrektwiedergabe Lautsprecherwiedergabe wäre eine Anordnung, die den Tonwellen die Möglichkeit gibt, sich vor dem Einbringen ins Ohr auf eine größere Fläche zu verteilen, so daß sie also nicht mehr von dem konzentrischen Punkte direkt den Weg zum Hörer nehmen. Das kann nur dadurch geschehen, daß den



Schallwellen der gerade Weg verläßt wird. Dazu wird am besten eine bestimmte Fläche verwendet, die unter verschiedenen großen Winkeln den aus dem Lautsprecher dringenden Schall zurückwirft. Am besten bei der Brechung der Schallwellen nicht akustische Verfahren zu erreichen, sondern man eine möglichst glatte Fläche, am besten ein Metallblech, als Reflektor zu verwenden. Am besten wird der Empfang sein bei

Anordnung nach Skizze 1. In diesem Falle befindet sich die zur Verwendung kommende Glasfläche, sei es eine Spiegel- oder Fensterfläche, in 10 bis 15 Zentimeter Entfernung parallel vor der Trichteröffnung, weil die durch die Trichteröffnung bedingte hohe Tonlage tief wird und einen vollen, abgerundeten Klang ergibt. Die Wiedergabe ist umso besser, je größer die Reflexionsfläche ist. Eine größere und verteilte Lautstärke ergibt die Anordnung nach Skizze 2. Hier kann ein größerer Trichter zur Verwendung kommen. Die Glasfläche wird in einem Winkel von 30 bis 45 Grad gegen den Lautsprecher gestellt.



Lautstärke und Klangmodulation sind natürlich bei beiden Anordnungen zu variieren, indem Entfernung und Winkel der Glasfläche zum Trichter verändert werden. W. Bücher.

Konzert aus Magdeburg. Das Konzert anlässlich der Deutschen Theaterausstellung, Magdeburg 1927, veranstaltet vom Großen Berliner Funkorchester unter Leitung von Bruno Seidler-Winkler, überträgt am Donnerstag, 30. Juni, 20 Uhr, die Oratorien Hamburg aus Magdeburg. Grete Stüding, die gefeierte Sängerin, ist als Solistin gewonnen worden, während Alfred Braun, der Liebhaber der Berliner Funkgemeinde, als Sprecher fungieren wird.

Ein neuer Großfunkender in Deutschland. Im Auftrage der Deutschen Reichspostverwaltung baut die Telefunken-Gesellschaft in Berlin einen Rundfunksender, der nach seiner Vollendung der stärkste Rundfunkender Europas sein wird. Er wird den englischen Dornet-Sender an Stärke bei weitem übersteigen; auch der vor einiger Zeit in Betrieb genommene und inwieweit allgemein bekannt gewordene „Rheinlandender“ bei Konzenberg reicht mit seiner Energie nicht an den neuen Riesen heran. — Dabei ist zu erwähnen, daß der künftige Sender auf einer langen Welle von 1250 Meter senden wird, während der Rheinlandender bekanntlich auf einer eigentlichen Rundfunkwelle, nämlich 468,8 Meter, arbeitet. Die hohe Wellenlänge wurde deshalb gewählt, weil der neue Sender an die Stelle des sogenannten „Deutschlandenders“ treten soll, der jetzt täglich das Programm der „Deutschen Welle“ verbreitet. Während der jetzige Deutschlandender in der Zentralfunkstation Königsplatz in Berlin steht, wird der künftige Sender unweit davon, nämlich in Seesen, aufgestellt werden.

Gemeinschaftsausschüsse für Neubauten. Von einzelnen Hausbesitzern und Genossenschaften für gemeinnützigen Wohnhausbau ist in einigen Fällen bei Neubauten eine Luftleitungsanlage für den späteren gemeinsamen und ordnungsmäßigen Anschluß der einzelnen Wohnungen an den Rundfunk vorgelesen worden. Hierzu hat die Reichspost folgende Stellung eingenommen: Der Bau eines Außenluftleiters für sich allein stellt zwar grundsätzlich bereits den Beginn der Errichtung einer Funkanlage dar (Landgericht Hannover, Archiv für Post-Tele. 1926, S. 121). Wenn indessen Unternehmen einschließlich Zuführung zur Wohnung sowie Erdungsanschlüsse bei dem Neubau eines Miethauses von vornherein für alle oder verschiedene Wohnungen als deren Bestandteil angelegt werden ohne Rücksicht darauf, ob sie von den Wohnungsinhabern jemals benutzt werden, wird es sich vertreten lassen, hierin noch nicht den Beginn der Ausführungen der Errichtung einer Funkanlage zu erblicken. Somit bestehen keine rechtlichen Bedenken dagegen, daß Hausbesitzer den Bau von Außenluftleitern für Mietshäuser organisieren und von sich aus für jede Wohnung einen sachgemäßen Luftleiter nebst Erdungsanschluß errichten.

Die Finanzierung der badisch-pfälzischen Rheinbrückenbauten

Aus Berlin wird uns in Ergänzung unserer kurzen Meldung vom letzten Samstag zum Stand der Rheinbrückenfrage von orientierter Seite noch geschrieben:

Der 15. (Verkehrs-)Ausschuss des Reichstages befaßte sich mit den Petitionen, die von Mannheim-Ludwigshafen, Speyer und Karlsruhe-Magau zur Frage der Erbauung von Rheinbrücken vorliegen. Die Petitionen der Bürgermeisterämter von Mannheim und Ludwigshafen datieren bereits vom 20. bzw. 9. August 1926 und erstehen das Reich um Übernahme eines Kostenanteils am Brückenbau, der der Reichsbahn über den zur Verstärkung ihrer Brückenbahn hinaus erschwerten Aufwand ermäßigt, wenn statt dieser Verstärkung in Verbindung mit der bestehenden Anlage eine neue Eisenbahnbrücke erstellt wird.

Ueber den augenblicklichen Stand der Angelegenheit machte der Vertreter des Reichsverkehrsministeriums, Ministerialrat F r i e n, in der genannten Sitzung des 15. Ausschusses folgende Mitteilungen:

Die Gesamtkosten der drei Brückenbauten wurden auf 42 Millionen Reichsmark errechnet. Die Reichsbahn-W.G. hat sich jetzt bereit erklärt, ein Drittel dieser Kosten, also 14 Millionen Reichsmark, zu übernehmen, während das zweite Drittel vom Reich getragen werden soll. In den allerersten Tagen, voraussichtlich noch im Laufe des Monats Juni, soll zwischen dem Reich und den beteiligten Ländern Baden und Bayern eine Besprechung stattfinden mit dem Zweck, diese zur Übernahme des letzten Kostendrittels zu bestimmen. Die auf Baden und Bayern entfallenden Anteile an den gemeinsam zu tragenden 14 Millionen Reichsmark würde sich aus dem Umfang der auf ihren Gebieten vorzunehmenden Bauarbeiten (Luftfahrts-Kampfen, Gleisverlegungen usw.) errechnen, wobei die Kosten des eigentlichen Brückenbaues zu halbieren wären.

Die technischen Unterlagen der Bauten sind also so weit geklärt, und die Projektarbeiten so weit gefördert, daß nach erfolgter Einigung über die Kostenverteilung alsbald mit Ausschreibung der Bauarbeiten begonnen werden kann. Zu beheben sind lediglich noch gewisse Unstimmigkeiten, die sich aus den Anforderungen der Schiffahrt an die Brückenbauten — Ausmaße der Höhe und Breite der Brückenöffnungen usw. — ergeben.

Verbindungsfondszüge der Reichsbahndirektion Karlsruhe

Für das Sommerhalbjahr 1927 ist die Führung von folgenden Verbindungsfondszügen vorgesehen: Am 1. Juli zwei Züge von Mannheim bzw. Bruchsal nach München und zurück. Mannheim ab 21.35 Uhr, Bruchsal ab 22.03 Uhr, Karlsruhe ab 20.54, München an 5.05 Uhr, bzw. 4.50 Uhr. Die Rückfahrt erfolgt am 4. oder 7. Juli. Der Fahrpreis beträgt ab Karlsruhe 15.80, ab Bruchsal 14.25, ab Nürnberg 13.80, ab Mannheim 16.60, bzw. 17.20 M. Hin- und Rückfahrt ist nur im Sonderzug gestattet. Der auf 3. Juli vorgezeichnete Sonderzug nach W i m p f e n verkehrt ab Karlsruhe statt ab Mannheim. Zur Sommerreise in K a r l s r u h e verkehrt ein Sonderzug von Karlsruhe am 2. Juli. Rückfahrt am 4. Juli über Korbach und der Tauber zur Befahrung der Stadt und von dort am 5. Juli nach Karlsruhe. Fahrpreis für die ganze Fahrt 12.40 M. Am 6. August gelangt ein Sonderzug zur S c h l o ß b e l e u h t u n g nach M e r s b u r g zur Durchsicht. Die Fahrpreisermäßigung beträgt 33 1/2 Prozent. Anmeldungen sind rechtzeitig an das Verkehrsbüro der Reichsbahndirektion zu richten. Ferner sind folgende Züge vorgezeichnet: Am 4. September von Mannheim nach Korbach und Wimpfen und zurück. Am 11. September von Karlsruhe nach Bad-Homburg und zurück. Fahrpreis 7.45 M. Am 23. September nach München zum Oktoberfest.

31. Hauptversammlung des Badischen Verkehrsverbandes

Unter überaus starker Beteiligung fand am Samstag und Sonntag in Baden-Baden die 31. Hauptversammlung des Badischen Verkehrsverbandes statt, die am Samstag mit einer Sitzung des Landesauschusses eingeleitet wurde. Am Sonntag vormittag wurde dann die Hauptversammlung von dem Präsidenten Generalkonsul Mensinger eröffnet, der Vertreter des Ministeriums des Innern, der Reichsbahndirektion und der Oberpostdirektion Karlsruhe, der Oberpostdirektion Konstanz und mehrere Vertreter politischer Parteien, Vertreter aus Industrie und Handel und aus dem Hotelgewerbe begrüßen konnte. In seiner Begrüßungsansprache führte Generalkonsul Mensinger aus, daß während der Belange von Industrie und Handel in den Handelskammern, von der Landwirtschaft in den Landwirtschaftskammern wahrgenommen würden, der Verkehr noch auf seine kleinen Räder anemweisen sei. Ministerialrat Dr. Schöffelmeier erklärte namens des Ministeriums des Innern, des Finanz- und Justizministeriums, daß die Staatsverwaltung sowohl von der idealen wie volkswirtschaftlichen Notwendigkeit des Fremdenverkehrs überzeugt sei. Regierung und Badischer Verkehrsverband seien auf enge Zusammenarbeit und gegenseitiges Vertrauen in Verfolg der gemeinsamen Ziele angewiesen.

Nach weiteren Begrüßungsansprachen wurde der Tätigkeitsbericht, der den Teilnehmern gedruckt vorlag, zur Debatte gestellt. Der Sondiskus des Verbandes, Eisenbahndirektor Reiser, ergänzte die schriftlichen Ausführungen noch durch einige Bemerkungen, worauf von verschiedenen Rednern der Ausbau des Kraftwagenverkehrs, die Verbesserung der Straßenverhältnisse, Milderung bei Straßenperren, Abschaffung der Bismarckgebühren, Einrichtung eines kleinen Grenzverkehrs mit Elßaß, das Projekt der Autostrecken, die Elektrifizierung der badischen Bahnen, die Projekte der Rheinbrückenbauten, die Einführung von Triebwagen, der Speisewagenverkehr auf der Schwarzwaldbahn und die Einführung von Schlafwagen dritter Klasse besprochen wurde.

Die angeschnittenen Verkehrsfragen behandelte zusammenfassend Oberreg.-Rat Schifferdecker von der Reichsbahndirektion Karlsruhe. Die Einführung von Fahrpläneinheiten im Nahverkehr hänge von ihrer Notwendigkeit ab, die noch nicht zweifellos feststehe. Die württembergischen Verkehrsbelange würden jederseits von der Reichsbahndirektion Karlsruhe verfolgt. In der Frage der Kreditation für das Hotelgewerbe teilte Ministerialrat Dr. Schöffelmeier mit, daß in der nächsten Zeit eine nähere Antwort gegeben werden könne. Der Bismarckgebühren habe die Aufgaben, unerwünschte Elemente dem Lande fernzubehalten. Wegen der Einrichtung eines kleinen Grenzverkehrs beständen Schwierigkeiten augenblicklich auf der französischen Seite, man dürfe aber hoffen, daß eine Einigung auch hier zustande komme. Die Frage der Gebührenpflicht für Autos bei Reisen ins Ausland würde nochmals geprüft werden. Wenn der Elektrifizierung der badischen Bahnen würden die Verhandlungen weitergeführt, in der Frage

Aus dem Haushaltsausschuß des Landtags

Das Gebäudesondersteuergesetz angenommen — Der Nachtrag zum Staatsvoranschlag für 1926/27 Staatsvertrag für das Lotteriewesen

Der Haushaltsausschuß nahm am Dienstag vormittag die Abstimmung über die 4. Änderung des Gebäudesondersteuergesetzes und die verschiedensten Anträge vor. Der Antrag Klüber, der Gebäude und Gebäudeanteile, die vom Eigentümer bewohnt sind, freizustellen, wurde abgelehnt, ebenso die Befreiung der landwirtschaftlichen Gebäude. Angenommen wurde ein Abänderungsantrag von Au, wonach die Steuer zu erlassen ist, wenn der Gebäudebesitzer in der Miete den Ertrag der Steuer vom Mieter ganz oder teilweise nicht erhalten kann. Abgelehnt wurde auch ein Antrag v. Au, der die gewerblichen Gebäude und Gebäudeanteile freizustellen wollte. Ein Zusatzantrag Dr. Köber, nach dem steuerliche Vergünstigungen nach 3, 8, 8a und 9 nur dann gewährt werden sollen, wenn die entsprechenden Anträge vor Inkrafttreten des Gesetzes gestellt sind, mit Wirkung vom 1. Mai 1926 ab, wurde zurückgezogen nach Entgegennahme einer Erklärung der Regierung, mit der der Ausschuß sein Einverständnis erklärte. — Ein Antrag Dr. Mattes, der die stillstehenden Betriebe von der Steuer befreien wollte, wurde abgelehnt. Ein Antrag aus derselben Quelle, der das gesamte Aufkommen aus dieser Änderung des Gebäudesondersteuergesetzes den Gemeinden überlassen wollte, wurde ebenfalls abgelehnt.

Die Anträge, die einem schlechten Gewissen der Deutschen Volkspartei entsprangen, und die einer indirekten höheren Aufwertung der Hypotheken gleichkamen, wurden abgelehnt.

Abg. v. Au, der Vertreter des Hausbesitzer, beantragt, die Forderung der Zwangswirtschaft weiterzuführen, dergestalt, daß a. B. in Mannheim Wohnungen mit einem Mietwert von über 1800 M. und gewerbliche Räume aus der Zwangswirtschaft herausgenommen werden. Weiter will Herr v. Au die Berechtigung für die Vermieter, überall dort, wo die Gemeindegeldmehr als 75 Pfa. von 100 M. Steuerwert beträgt, den überhöhten Betrag im Verhältnis der Miethöhe auf die Mieter umzulegen.

Von sozialdemokratischer Seite wird energisch Front gemacht. Die Anträge von Au seien im höchsten Grade wirtschaftsfeindlich und haben zu ungeheuerlichen und unerträglichen Härten geführt. Auch die Städte sind nach den gemachten üblen Erfahrungen gegen jede weitere Forderung.

Ein Regierungsvorsteher albi die Steigerungen demut, wie sie in einer Reihe von Städten für gewerbliche Räume eingeleitet sind. In Mannheim, dem Wohnort des Herrn v. Au, beträgt die Steigerung zum Teil 425 Prozent. In allen Städten aber ist eine Steigerung zwischen 100—200—300 Prozent zu verzeichnen. — Ein weiterer sozialdemokratischer Redner stellt fest, daß diejenigen Vermieter, die 1914 schon eine hohe Miete verlangt haben, heute besser wegkommen, wie diejenigen Vermieter, die ihre Miete in wägen Grenzen erhoben.

In der Abstimmung wird wider Erwarten der unsocialer Antrag v. Au, weitere Forderung der Zwangswirtschaft, mit Hilfe des Zentrum, der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen angenommen. Dagegen stimmten Demokraten und Sozialdemokraten.

Nachdem ein sozialdemokratischer Redner nochmals den Antrag v. Au, der dort die Miete erhöhen will, wo die Gemeindegeldmehr als 75 Pfa. von 100 M. Steuerwert beträgt, mit aller Schärfe und mit durchschlagenden Argumenten bekämpfte, wurde dieser Antrag v. Au gegen 3 Stimmen der Antragsteller durch Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten bei Enthaltung der Deutschen Volkspartei abgelehnt.

In der Gesamtstimmung wird das Gesetz mit den Stimmen aller Parteien gegen 2 Stimmen der Deutschen Volkspartei angenommen. — Der kommunistische Antrag wird als durch die Beschlussfassung für erledigt erklärt.

Ueber den Nachtrag zum Staatsvoranschlag für 1926/27 berichtet Abg. Rauser-Karlsruhe. Das durch den Reichstag beschlossene Arbeitsgerichtsgesetz tritt am 1. Juli in Wirksamkeit. In Baden sind 25 Arbeitsgerichte und 6 Landesarbeitsgerichte erstellt worden. Der Aufwand beträgt in einem Jahre 81 000 M., insgesamt erfordert die Einrichtung der Arbeitsgerichte 103 000 M. — Den Redner der kurzen Ansprache über die Arbeitsgerichte eröffnet der kommunistische Sprecher, der sich selbstverständlich in ungeheuerlichen Lebertreibungen über die richterliche Tätigkeit in Arbeiterfragen erhebt, jedoch von Zentrumseite, vor allem aber

von einem sozialdemokratischen Redner in die Schranken zurückgewiesen wird. Das Gesetz sei gut durchdacht und komme einem großen Fortschritt in der sozialen Rechtsprechung gleich. Das Justizministerium verdiente Dank. Die Regierung solle prüfen, ob den Gewerkschaften aller Richtungen nicht Mittel an die Hand gegeben werden können, die dazu dienen sollen, bei wichtigen Fragen hervorragende Sachverständige hinauszusuchen und die Befähigung der Arbeitsgerichte durch Vorträge zu schulen.

Ein demokratischer Sprecher wünscht, daß die schwere Aufgabe des Richters nicht durch Verdächtigungen und Mißtrauen noch weiterhin erschwert werde, während von volksparteilicher Seite Bedenken laut werden darüber, daß die Richter bei Arbeitsgerichten zunächst auf Zeit angestellt sind. — Reiterunnsseite werden die erhobenen Bedenke zurückgewiesen. Richter und Spezialrichter haben gute Arbeit gemacht. Mit der Aufwertung ist man an den badischen Gerichten bei weitem fertig. Der Richterstand von 1927 ist geringer, trotz erheblich gesteigerten Arbeit, wie 1913. Die Regierung hat bereit, die Befähigung an Vorbereitungskursen für mittlere Justizsekretäre teilnehmen zu lassen; als Entschädigung könnte der Gehalt gewährt werden, den der Befähigte bei einer Verbandsprüfung bekommt.

Der Voranschlag wird hierauf angenommen. Der Kommunist lehnt die Errichtung der Arbeitsgerichte ab.

Im außerordentlichen Etat wird die Erstellung eines Registratorienbaues beim Amtsgericht Pforzheim aufgetrieben, von demokratischer Seite der Einbau einer Wohnung für den Hausmeister angeregt.

Staatsvertrag über ein Lotteriegeld. Die Preussisch-Sächsische Klassenlotterie war kein Gemeinschaftsunternehmen, vielmehr ein preussisches Lotterieuunternehmen. Seither erbieten die Länder Baden, Bayern und Württemberg für jedes in ihren Ländern abgesetzte Los einen Gewinnanteil von 26,73 M. Während der ersten fünf Vertragsjahre erhielt Baden einen jährlichen festen Gewinnanteil in Höhe von 690 000 M. Die Erwartungen wurden nicht erfüllt; eine der Bevölkerungszahl entsprechende Beteiligung erbrachte zunächst nur noch 202 000 M. In den Jahren 1924/25 und 1925/26 ging es langsam wieder aufwärts und 1926/27 erhielt das Land einen Gewinnanteil von 389 000 M. Wertvoll ist vor allem auch, daß die süddeutschen Länder nach dem neuen Vertrag auf die Leitung der Lotterie Einfluß gewinnen und bei der Bestellung der Generaldirektion mitwirken. Preußen hat in dieser Richtung 4, Baden 2, Württemberg und Baden je 1 Vertreter. Badische Lotterieuunternehmen können nur noch mit Einwilligung des badischen Mitgliedes dieser Direktion abberufen werden. Die Gewinnbeteiligung richtet sich hinfort nach der Zahl der Einwohner und nicht der verkauften Lose. Baden wird demnach am Ringelzug mit rund 4,1 v. S. beteiligt sein. Wichtig ist auch die Bestimmung im Staatsvertrag, wonach jedes Vertragsland im Falle seines Ausstehens auch den ihm zustehenden Anteil an der Rücklage erhalten wird, während bisher diese Rücklagen Eigentum von Preußen waren. — Der Staatsvoranschlag wird mit 41 neuen 1 Stimme bei 1 Enthaltung angenommen.

Die Fernprekanalose im Landtagsgebäude ist nicht mehr zeitgemäß und erfordert große Aufwendungen an Reparaturen. Es wird beschlossen, eine moderne Anlage zu erstellen. Kostensumme 40 000 M.

Dann tritt der Ausschuß nochmals auf den Nachtrag 1926/27 zurück und beschließt die mit der Position Finanzvoranschlag, die eine Nachforderung von 265 000 M. verlangt. — Von sozialdemokratischer Seite wird festgestellt, daß Rückstellungen vorkommen, was besser wäre, die Finanzvoranschlag unterließe. Auch ist die Gefahr vorhanden, daß die notwendigen Erhebungen in bedeutender Weise vorgenommen würden. — Ein Zentrumredner stimmt dem Gelegenen zu, behauptet aber, daß man in bestimmten Fällen nicht die Eltern in die Fürsorge einweisen könnte. — Die Position wurde gegen 1 Stimme (K.P.D.) angenommen.

Durch ein vom Reichstag beschlossenes Gerichtskostengesetz, durch das die zu erhebenden Gebühren, besonders in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten mit höheren Streitwerten, wesentlich herabgesetzt wird, ist ein Einnothenausfall in Justizfällen in Höhe von 242 500 M. entfallen, die nun im Nachtragsetat untergebracht werden müssen. — Der Ausschuß stimmt nach kurzer Aussprache zu.

Partei-Nachrichten

Bekanntmachungen des Parteisekretariats

Selbst Amt Rastatt: Samstag, 2. Juli, ab 1/2 Uhr, in der „Krone“ Mitgliederversammlung mit Berichterstattung über den Kreis Parteitag. Referent: Parteisekretär Gen. F r i n t s.

Billingen: Sonntag, 3. Juli, mittags 2 Uhr, Konferenz für die Ortsvereine des Amtsbezirks Pforzheim mit folgender Tagesordnung: 1. Das neue Landtagswahlgesetz. Referent: Landtagsabgeordneter Gen. G r a f -Pforzheim. 2. Der Kreisvoranschlag für den Kreis Karlsruhe. Referent: Bürgermeister Gen. K i e e r -Durlach. 3. Die Bedeutung der Parteireise und ihre Vorbereitung. Referent: Gen. F r i n t s. Jeder Ortsverein hat Vertreter zu entsenden. Zutritt haben alle Genosseninnen und Genossen.

Wir bitten für guten Besuch zu werden.

Das Parteisekretariat.

Sport

Tschechoslowakische Arbeiter-Olympiade

Das große Turn- und Sportfest der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterkraft, die zweite Arbeiter-Olympiade, wurde am Sonntag im Prager Stadion bei herrlichem Wetter eröffnet. Als Gäste hatten sich Präsident Masaryk, Ministerpräsident S w e h l e, Minister B e n e s h und noch einige andere Regierungsmitglieder eingefunden. Das Programm des ersten Tages war ausgefüllt mit turnerischen Vorführungen des Nachwuchses. 12 000 Knaben und Mädchen führten diese Freübungen aus, die mit großer Vollendung durchgeführt, in einer eindrucksvollen Subjektiv der Turnerei durch den Präsidenten Masaryk geleitet. Zum Schluß wurde zum ersten Male das große Festspiel: „Durch Arbeit zur Freiheit!“ von 2000 Mitwirkenden aufgeführt, das während der gesamten Veranstaltung noch dreimal wiederholt werden wird. Der Massenbesuch und die Auführungen hofften, der Haupttag soll am nächsten Sonntag beginnen.

Wirtschaftskämpfe

Der Kampf in der Kölner Metallindustrie

Köln, 28. Juni. (Ela. Draht.) Der Kampf in der Kölner Metallindustrie hat eine weitere Verschärfung erfahren. Nachdem bereits am Montag nachmittags in einigen Großbetrieben der Beschluß gefaßt worden war, am Dienstag früh in den Streik einzutreten, bevor noch der am gleichen Tage nachmittags zusammengetretene Schlichtungsausschuß eine Entscheidung gefaßt hatte, verließen Dienstag mittags um 2 Uhr in allen Betrieben der Metallindustrie die Arbeiter ihre Arbeitsplätze. Sie formierten sich spontan zu großen Demonstrationsszügen, die in das Stadtinnere zogen. Vor dem Kölner Regierungsgebäude, in dem der Schlichtungsausschuß nachmittags um 3 Uhr zu seiner Entscheidung zusammentrat, kam es zu lebhaften Kundgebungen und leider auch zu Zusammenstößen mit der Polizei, die gegen einen Teil der Demonstranten mit blauer Waffe vorging. Ein Arbeiter wurde durch einen Schuß über den Kopf gefährlich verletzt. Mehrere Personen wurden festgenommen. Der Streik des Schlichtungsausschusses, der über Krieg und Frieden in der Kölner Metallindustrie entschieden wird, ist erst am nächsten Abend zu erwarten. Insgesamt kommen etwa 30 000 Arbeiter in Frage.



Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 29. Juni.

Geschichtskalender

29. Juni: 1746 *Bäcker J. S. Campe. — 1798 *Gräßler Willibald Alexis. — 1798 *Stal. Dichter Giac. Leopardi. — 1831 *Staatsmann R. v. u. a. Stein. — 1846 *Arbeiterdichter Josef Schiller. — 1895 *Engl. Naturfr. Ch. S. Buxton. — 1910 *Schriftsteller Fritz Mauthner.

Von der deutschen Turn- und Sport-Ausstellung in der Ausstellungshalle

In umfassender Form zeigt die Ausstellung Entwicklung, Organisation und Leben der einzelnen Sportarten, führt sie in die großen Probleme der Leibesübungen ein. Der Deutsche Reichsausschuss für Leibesübungen und Jugendpflege und das Deutsche Museum für Leibesübungen bringen Altes, Neues und Zukünftiges. Die Geschichte der Leibesübungen stellt sich in Bildern, vor allem auch aus fernem Ländern, dar. Die Entwicklung des Fahrabrades wird in allen Rädern plastisch veranschaulicht, und besonderes Erwähnen verdient das Laufrad des Freiherrn von Drais. Aus dieser Sonderausstellung haben in der Mittelhalle noch eine Reihe von Verbänden ausgestellt, so der Deutsche Voltseisport, der Verband für deutsche Jugendberiberger, der Badische Landesauschuss für Leibesübungen, der Wasserport, Borsport. Die neue Zeit ist durch das Hartwaldbroschieren und Skissen des Strandbades Rappenswörth vertreten. Der Verband für deutsche Jugendberiberger hat sehr anschauliche Modelle von Bergen ausgestellt. Der Wasserport endlich ist auch noch in der großen Halle mit zahlreichen Modellen von Booten und wasserportlichen Anlagen sowie vielen Bildern vertreten. Die Firma G. Braun, vorm. G. Braunische Buchdruckerei und Verlag in Karlsruhe, der Verlag der bekannten Turnbücher von Alfred Maul und der Werke der heute in ihm führenden Persönlichkeiten, wie Direktor Götter, Turninspektoren Leonhardt, Landhäuser und Kibler, steht auf seinem von Kunstmalerei reich ausgestattetem Stand Bücher und Zeitschriften über Turnen, Spiel und Gymnastik, deren Zeichnungen und photographische Aufnahmen aus den Verlagswerken beigegeben sind. Auf Veröffentlichungen des Vereins der Badischen Heimat und anderer Werke zur geistigen Erziehung wird der Besucher durch besondere Zusammenstellungen aufmerksam gemacht. Alle Erinnerungsstücke von früheren deutschen Turnfesten geben Zeugnis, wie die Deutsche Turnerschaft die Farben Schwarz-Rot-Gold als die ihrigen betrachtete. Und heute hat sie nicht einmal den Mut, sich offiziell zu diesen Farben und zur Republik zu bekennen, trotzdem es die verfassungsmäßigen Reichsfarben sind.

Der Deutsche Fußball-Bund hat einen eigenen Raum mit Darstellungen aus seinem Sportgebiet. Im Westflügel der Ausstellungshalle befindet sich das ärztliche Beratungszimmer. Sehr reichhaltig ist der Wasserport vertreten. Die konfessionellen Verbände haben sich auch gewaltig angestrengt. Die D.S.B. Landesgruppe Baden und die D.S.B. für Leichtathletik wie der Deutsche Sportbund sind durch vorzügliche Plakate und Bilder wirksam vertreten. Der Badische Schwabwälderklub gibt Darstellungen seiner Ortsgruppen, der Höhenwege und Unterfunktionsstellen im badischen Schwarzwald und zeigt sein Kartennetz und Büttelmodell. Auch die Bergwacht ist mit Darstellungen ihres Rettungsgebietes vertreten. In sehr interessanter Weise stellt das Reichsamt für Landesverwaltung die Entstehung von Landarten dar. Die Reichslanddirektion Karlsruhe zeigt die badischen Bahnen, vor allem die Schwarzwaldlinie, und weist durch Plakate auf die Winterport- und Ferienlandzüge hin. Die Reichspost hat ihrerseits die Kraftwagenausstellung in Baden aufgegeben und Modelle ihrer Kraftwagen aufgestellt. Durch die außerordentlich geistreiche und lebensfrische Ausstellung der Reichszentrale für Deutsche Verkehrswerbung, die ihr ganzes künstlerisches Plakatmaterial ausstellt, gelangt man zur Ausstellung der Deutschen Turnerschaft, die Gliederung und Organisation der D.T. neben Plakaten und Bildern aus ihrem Leben darstellt. Die Mitgliederzahl des Arbeiter-Turnerbundes gibt sie allerdings zu niedriger an. Im Anschluß an die Reichszentrale für Deutsche Verkehrswerbung stellt der Badische Verkehrsverband sein wirksamstes Werbematerial aus. Der Schischport ist auch vertreten. Der Verkehrsverein Karlsruhe bringt eine Uebersicht über die Tagungen und Ausstellungen in Karlsruhe, Karlsruhe in der Verkehrs-literatur und Bilder aus der Stadt. Das Sporthaus Freiburg hat eine umfassende Ausstellung von Sportartikeln und Sportkleidung aufgestellt, darunter mehrere Fallboote. Der Werberport ist durch Gemälde und Plakate vertreten. Im Ostflügel sind Feinartikeln untergebracht, so u. a. die Karlsruheer Spielzeugfabrik, der Landesverband gegen Alkoholismus. Das Sporthaus Müllers hat ein Aluminium-Kenn und beste Qualitäten Silber ausgestellt. In einer Reihe macht es mit einer sehr hübsch zusammengestellten Schau von Sportartikeln und Kleidung dem alten Renommee dieses Hauses wieder von neuem alle Ehre. Gute Ware und geschmackvolle Zusammenstellung geben ein effektvolles Gesamtbild. In Turngeräten ist Weiser-Brankental (Muffelturnhalle) und Dietrich u. Sonntag-Gemüts vertreten. Letztere Firma zeigt auch allerhand Sportutensilien, sowie eine Ledermatte usw. Kein Vereinsfunktionär wird an dieser Schau achtlos vorbeigehen. (Vertreter S. Gläser, Karlsruhe, Waldhornstraße 18.) Sporthaus Müller bringt eine große und gut angeordnete Kollektion Sportkleidung.

Wo die Not am größten, da ist des Reiches Hilfe am nächsten

Eine Witwe meldet ihre 200 Mark Kriessanleihe vorchriftsmäßig zur Aufwertung an, indem sie das hierzu vorgedruckte Formular sorgfältig und gewissenhaft ausfüllt. Bis dahin ist alles in Ordnung. Nun aber begehrt die „Witwenerin“ einen kurzscharen Fehler: Sie glaubt, sie sähe zu den Bedürftigen, trotzdem sie ein paar Mark über dem für solche festgesetzten Jahresinkommen von 800 M. bezieht. In diesem naiven Glauben fordert sie, wie das den „Bedürftigen“ ausnahmsweise gestattet ist, statt der 7 1/2 Proz. Aufwertung 15 Prozent, also bare 30 M. für ihre 200 M. Nun kommt das Fürsorgeamt und macht gewissenhaft nochmals Erhebungen, wobei es die Witwe belehrt, daß sie nach den bestehenden Bestimmungen ja nicht zu den „Bedürftigen“ zu zählen sei; außerdem verjagt ein Beamter ihr Klara machen, sie solle doch auf ihre Mehrforderung von 15 M. verzichten, da sie ja mit 15 M. nicht viel anfangen könnte! Für die Witwe sind also die 15 M. nichts, für das Reich aber offenbar doch sehr viel, warum sonst das Markten des Beauftragten des Schuldners mit dem Gläubiger? Ruhenwendungs: Wenn du jemand Geld schuldig bist und du sollst es zurückzahlen, so laß zuerst feststellen, wie weit dein Gläubiger überhaupt „bedürftig“ ist, daß ers wagen kann, sein erprobtes Geld, das er dir geliehen hat zurückzubekommen! Kommt zu einem Prozeß, dann berufe dich aufs Reich! — Sehn Sie, das ist ein Geschäft! — Moralische Schlussbetrachtung: Der Beamte ist doch im Recht! — Vor einem Jahr hat nach dem Ergebnis des Volksbegehrens das dankbare deutsche Volk seinem ehernen Kaiser dafür, daß er es den uns bekannten „herrlichen Zeiten“ entgegensetzte, eine Pfundsumme bewilligt, von der gleich 5 Millionen Mark dem Heerwesen der Armeen nach Doorn geschickt wurden. Wie groß muß also hier die Not sein, wenn sofort 5 Millionen Mark erforderlich sind, um nur die allererste Not zu lindern! Beseitigt man die Notlage der beiden Parteien untereinander, so muß man natürlich als reichendender Mensch zugucken, daß die Not und daher die „Bedürftigkeit“ bei Wilhelm in Holland ungleich ärdrer sein muß als bei der Witwe, deren Not sich in schon mit 15 M. befriedigen läßt! — Beseitigend ist eine Idee!

Lebrigens soll, da die Deutschen ja als ein sehr gründlich denkendes und konsequent handelndes Volk bekannt sind, bei einem zukünftigen Krieg das Zeichen von Kriessanleihe auch nach obigem Grundsatze durchgeführt werden: Der Kriessanleihe zeichnen will, wird zuerst auf seine „Bedürftigkeit“ vom Fürsorgeamt geprüft. Das Geld der kleinen Spärer wird dann nicht mehr angenommen werden! Oder doch? Um den kleinen Leuten das Beschämende zu ersparen, vom Fürsorgeamt in ihrer Begeisterung für die edle Sache bevormundet und eventuell zurückgewiesen zu werden? R. M.

Die Sonnenfinsternis. Vor der astronomischen Wissenschaft muß man wirklich Respekt haben, zu der von ihr festgesetzten Zeit, sogar auf die Minute, vollzog sich heute morgen die angelegte Sonnenfinsternis. Wer nicht an dieses Ereignis dachte und gegen 6 Uhr zu den Waschen gehörte, dem fiel die äußerst schwache, sehr gedämpfte Helligkeit auf und die fonderbare Verdunkelung — dunkle Wolken waren nicht aufzukunnen — wies auf die Sonnenfinsternis hin. Gegen 7 1/2 Uhr hatte die Sonnenscheibe schon einen schwachen Einbruch durch den Mond. Es war interessant, zuzusehen, wie sich der Mond immer weiter einhöb, die Stärke des Sonnenlichtes wurde immer schwächer, bis so etwa um 6.15 Uhr die Sonnenscheibe die Form einer Sichel hatte und die Verdunkelung ihren höchsten Grad erreichte. Nun legte die Sonne wieder, langsam begann sie sich wieder zu vergrößern, der Mond kam links immer mehr heraus und unsere liebe Wärme, Licht- und Lebenpendlerin Sonne erstrahlte bald wieder in ungezügelter Helle.

Besuch der Hamburger Naturfreunde in Karlsruhe am 10. Juni 1927. Vormittags 8.17 Uhr treffen ca. 570 Hamburger Naturfreunde hier ein. Von diesen sollen ca. 400 in Freiquartieren untergebracht werden. Wir erlauben die Gewerkschaftsgenossen und Parteimitglieder, uns in der Bergabe von Freiquartieren mitzueingeben. Anmeldungen werden von allen Mitgliefern, welche in diesen Tagen zu diesem Zweck vorzuziehen, entgegengenommen. Wir erlauben die hiesige Arbeiterchaft, ihre Gastfreundschaft zu beweisen und den vorzuziehenden Genossen ein offenes Ohr zu schenken.

Brand. Zu dem schon im gestrigen Polizeibericht gemeldeten Brand wird uns noch geschrieben: Am 28. 6. 27, vorm. 2.58 Uhr, wurde die Berufsschule nach Pfälzstraße 14 gerufen, wo der Laden einer Drogerie brannte. Bei Anbruch des Löschausganges schlugen die Flammen bis zum 2. Stock hoch, jedoch die Bewohner unbeschädigt blieben. Das offene Feuer welches durch die Chemikalien im Laden reichlich Nahrung erhielt, wurde von unten anfangs so weit gebremst, daß man ein Lösckereifen auf den weiten Stadt, dessen Fenster vor Siche g'runnen waren, nicht mehr zu bestreiten brauchte. Gleichzeitig wurde ein Innenangriff in die zuerst verholzten Räume mit Hilfe von Gaslöschgeräten vorgenommen, so daß die Gefahr nach wenigen Minuten als beseitigt angesehen werden konnte. Ein großer Teil des wertvollen Ladeninhalts ist gerettet worden. Der Löschausgang war noch längere Zeit mit Aufkrümungsarbeiten beschäftigt und konnte gegen 4 Uhr wieder einströmen.

Bergwacht Schwarzwald. Nachdem nacheinander der große Rettungsschlitten von der Hornsgründe, dessen Anbruch durch Transportmangel verzögert wurde, eingetroffen ist, stellt sich die Sonderkommission der Bergwacht auf der Deutschen Turn- und Sportausstellung als vollständig dar. Auch die Bergwachtsschiffe sind von München eingetroffen und werden schon in den nächsten Tagen zu Lande beginnen. Die Schau findet außerordentlich starke Beachtung. Besonders Interesse erwecken die ausgestellten Verunglückten-Transportmittel, eben der Rettungsschlitten, der im Augenblick in einen auf Gummirädern fahrenden Wagen verwandelt werden kann, und eine hebeschleppfähige Bahre aus Eisen mit fahrerloser Transportvorrichtung. Auch die Bilder vom Rettungsdienst, besonders die Schutzhelme Arbeiter, werden viel beachtet.

Klagefrist eines Wohnungsuchenden. Wie lange muß man in Karlsruhe wohnen, um in den Besitz einer Familienwohnung zu gelangen? Diese Frage dürfte für manchen nicht uninteressant sein. Schreiber dieses meldete sich am 10. Januar 1923 als Verlobter beim Städt. Wohnungsamte Karlsruhe an. Am 24. Mai 1924 nach kurz vorher erfolgter Eheschließung erhielt ich meine Sühnentschuldung mit dem Vermerk: „Sühntag 2. November 1923“. Gleichzeitig stehen auf letzterer Karte die Trostworte: „Voraussetzungen werden Sie nach Ablauf von zwei Jahren in den Besitz einer Familienwohnung gelangen.“ Doch wie sieht es in Wirklichkeit aus? Schon längere Zeit prangt am schwarzen Brett des Städt. Wohnungsamtes eine Karte mit der Aufschrift: „Sühntag 1. 3. 23“. Ich kann mir nicht denken, wann der Zeitpunkt gekommen sein sollte, wo auch den Wohnungsuchenden aus jener Anmeldezeit eine menschenwürdige Wohnung zuteil wird. Es ist wirklich nichts angenehmes, wenn man sich mit einem Wohnraum begeben muß, der mit einer dreifachen Familie bewohnt wird, in dem kaum eine gründliche Reinigung vorgenommen werden kann, der Raumbeengung wegen. Und so wie mir, geht es noch Hunderten, ja Tausenden und Abertausenden. Wer nicht selbst das Wohnungsproblem vertritt, weiß nicht, was es heißt, das Wohnungsproblem. Millionen hat man schon aufwendend zur Besehung der Wohnungsnot und Aberrationen sind noch erforderlich, um genügend Wohnungen zu bauen. Was hier die Stadt und andere Behörden machen, ist nur Menschenpflicht, die zu betätigen in noch größerem Maße erfolgen sollte.

Geschäfts-Jubiläum. Die weit über die Grenzen der Landeshaupstadt hinaus bekannte Firma R. H. Baez, Manufaktur- und Bekleidungs, Kaiserstraße 133, II., kann in diesen Tagen auf dem 25jährigen Bestehen zurückblicken. Am 1. Juli 1902 von dem jetzigen Inhaber begründet, befand sich das Geschäft in den ersten 3 Jahren im Hause Kaiserstraße 98 und wurde 1910 nach Kaiserstraße 133 verlegt, wo sich die Geschäftsräume noch heute befinden. Wir wünschen der allgemein als reell bekannten Firma auch fernere gute geschäftliche Erfolge. — Einen Jubiläumsvorfall in Verbindung mit dem am 1. Juli beginnenden Saison-Ausverkauf will die Firma benützen, um zu ihrem alten Kundenkreis neue Freunde zu gewinnen.

Aus den Vororten

Daglanden
Frauenversammlung. Wir machen die Genossinnen und Volksgenossinnen nochmals auf die heute abend halb 9 Uhr im „Karlsruher Hof“ stattfindende Versammlung aufmerksam. Genossin Stadtbürgermeisterin C. K. hält einen Vortrag über: Die Entwicklungsgeschichte der Ehe. Wir bitten um zahlreichen Besuch.

Veranstaltungen

Bad. Konservatorium für Musik. Während die meisten Klavierkonzerte von J. S. Bach im Original nicht für das Klavier gedacht und zum größten Teil als Übertragungen von Violinkonzerten zu betrachten sind, ist das Trio Opus 97 für Klavier, Violine und Violine sowohl als typisches Klavierstück zu bezeichnen. Dafür spricht schon die Tatsache, daß es aus dem Violinidum und der Frage für Klavier in a-moll erwachsen ist. Allerdings hat der Meister die ursprüngliche Form mit machtvoller Energie durchbrochen und hat ein Werk entstehen lassen, dessen Eindruck auf den Zuhörer noch immer ein durchdringender war. In dem heutigen, im Bürgerhof des Stadtsaals abend 8 Uhr stattfindenden Konzert des Badischen Konservatoriums für Musik ist nun Gelegenheit geboten, das durch eine Meisterhändlerin der Klavierklasse Mantel und die beiden Lehrer der Musik, Kammermusikdirektor Karl Stiel und Georg Valentin Berger, zum Vortrag kommende Klavierkonzerte zu hören, und zwar als Einleitungsstück eines „Klavier-Abends“. Der Eintrittspreis beträgt auf allen Plätzen 50 Pfg.

Mittwoch-Nachmittagskonzerte im Stadtpark. In das Wetter dem Unternehmen günstig, so findet heute Mittwoch nachmittags im Stadtpark, von 3.30-6 Uhr, ein Konzert der Volksgesellschaft unter Leitung des Herrn Obermusikmeisters Hella statt. Das vorgelegene Konzertprogramm ist so gestaltet, daß es dem Geschmack aller Besucher Rechnung zu tragen vermag. Wir empfehlen den Besuch des Konzerts.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Heute abend Hauptversammlung der Sozialdem. Partei
Die Genossen und Genossinnen werden nochmals an die heute abend 8 Uhr im Gartenhof des „Friedrichshof“ stattfindende Hauptversammlung erinnert. Gen. Landtagsabg. Weichmann wird über

Das neue badische Landtagswahlgesetz
einen Vortrag halten. Es ist dringend notwendig, daß sich jeder Genosse und jede Genossin über das neue Landtagswahlgesetz informiert, da die gegenüber dem alten Gesetz beschlossenen Änderungen im neuen Gesetz von großer Bedeutung sind. Deshalb: Auf in die Versammlung!

Frauenaktion. Donnerstag, 30. Juni, abends 8 Uhr, findet im „Eichbaum“, Ecke Waldhorn- und Zähringerstraße, Frauenversammlung statt. Vortrag der Genossin Clara über: Die Geschichte der Ehe. Es wird erwartet, daß die Versammlung einen guten Besuch aufweist.

Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Mittwoch: Baden, Treffpunkt 1/2 9 Uhr vor dem Bieroddenbad. Nachmittags ab 3 Spielern im Waldheim. Samstag: Zusammenkunft im Waldheim.

Aus der Stadt Durlach

Sozialdemokratische Partei. Auf die heute abend 7 1/2 Uhr im „Lamm“ stattfindende Parteivorstandssitzung seien die Vorstandsmitglieder von Durlach und Aue nochmals aufmerksam gemacht.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Ortsgruppe Durlach

Am 10. Juli findet der 3. Pfälzer Republikanertag in Kaiserslautern statt. Die Kameraden, die gelommen sind, sich daran zu beteiligen, melden sich bei Kamerad Faber, Herrenstraße 15 und 17 in D. Adlerstraße 9. Notwendig ist ein Personalausweis, Fahrschein und Rückfahr 5.40 M.

Veranstaltungen des heutigen Tages

Bad. Landesfeiertag: Alessandro Stradella. Von 7.30 bis 9.45 Uhr. **Palast-Vorstellung:** Die drei Aufständigen; Die Dynamit-Ebe. **Stadtpark:** Konzert der Volksgesellschaft. Von 3.30 bis 6 Uhr. **Kammer-Vorstellung:** „Vor- und Nachmittagskonzerte Durlach-Turner“. **Frauenaktion:** Emma-Mooshauser. **Bad. Vorträge:** Das Paradies Europas, Vom Schweizerland und seinen Bergen. Abends 8.15 Uhr. **Rebellen-Vorstellung:** Prinz Louis Ferdinand (Der Held von 1806). Was die meisten noch nicht wissen. — (Vn als Erfinder. **Städt. Ausstellungshalle:** Turn- und Sportausstellung. Geöffnet von 10 Uhr vorm. bis 9 Uhr abends. Ab 7 Uhr abends sportliche Vorführungen des Karlsruher Fußballvereins. **Reisen und Freizeiten der Turnvereine des Turnvereins Karlsruhe-Klubsport.** Volkstänze der Jugendgruppe im WWV Film der Turnabte des HSV und Lustige Filme.

Briefkasten der Redaktion

A. N., Durlach. Wir möchten hier davon Abstand nehmen, Artikel abzurufen, wie der von Ihnen eingeleitet. Wenn Sie das auch nicht beabsichtigen in Ihrem Artikel, so würden aber gerade die unteren und mittleren Beamtenkreise aus Ihren Darlegungen eine den Beamten abholde Auffassung herauslesen. Was im allgemeinen von unserem Standpunkte aus zur bevorstehenden Neuregelung der Beamtenbesoldung zu sagen ist, wird zur gegenwärtigen Zeit bestimmt in den Ausschüssen und im Plenum des Reichstages von sachkundiger Seite dargelegt werden. Und die dahin wollen wir mit einer öffentlichen Erörterung warten.

W. Durlach. Wir wollen es jetzt bei dem sein lassen, was über die Tagung in unserem Blatte gestanden hat. Siehe auch heutigen Bericht.

21. W. Sie sehen sich am besten mit dem hiesigen Jugendamt (Kathaus) in Verbindung. Dort dürfte Ihr Wunsch sicher erfüllt werden können.

Ein Klagenfall in Müppur. Sie haben scheint den Bericht über das Schlichteramt nicht gelesen, denn sonst könnten Sie nicht behaupten, der Bericht sei einseitig und sonatig und daß wir berichtet hätten, daß wir Sie offen den Kindern freitliche verabschieden. Ueber diese Sache geht es in dem Bericht ausführlich. Kurz nach 11 Uhr waren die Verhandlungen des Vormittags beendet und unter langem Zurzurückgehen gab es von Einwohnern von Müppur und der Gartenstadt in der unüberwindlichen Weise zur Verfügung gestellten Freizeiten. Die Familien sind sich geradezu darum, um eines oder mehrere der Kinder zum freitadlich mitnehmen zu können. Für diese edle Gastfreundschaft sei den Vertretern auch an dieser Stelle herzlich gedankt. In dem Bericht ist also kein Wort davon enthalten, daß nur Sie offen die Freizeiten hätten, sondern es ist von Einwohnern die Rede. Wenn Sie sich nicht zu denen gehören wollen, so haben Sie scheint Ihr Domizil nicht dem Mond angeschlossen, dessen Bewohner wir allerdings nicht kennen haben. In diesem Falle wären Sie also zu kurz gekommen, aber immerhin ist dies noch kein Grund, Unwahrheiten gegen uns zu verbreiten. Sie scheinen überhaupt ein „ägypter“ Mann zu sein, sonst wären Sie die Karte nicht annehmen an uns gelangt haben.

Wöflingen. Ja, es besteht eine Verpflichtung dazu.

W. Nr. 37. Erlauben Sie Meldung bei der Baukontrolle (Bezirksamt). Sollte auch dies erfolglos sein, so lesen Sie das Städt. Gesundheitsamt in Kenntnis mit dem Erlauchen, für Abhilfe zu sorgen.

100 Fr. N. v. Ja.

Reichsanzeiger Bei 5 u. mehr Zeilen 50 Pfg. die Zeile. Verlagspreis haben unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufschüsse, aber werden gegen Rückzahlung des Abdruckes berechnung.

Karlsruhe. **Genossenschaftsartikel Karlsruhe-Durlach-Etlingen.** Montag, Donnerstag abends 7 Uhr findet in unserem Volksbauhaus Karlsruhe-Versammlung statt. Tagesordnung wird im Lokal bekanntgegeben. Vollständiges Erscheinen aller Delegierten erwirkt 5455 D. B. **Freie Turnerschaft (Turnerinnen-Abteilung).** Heute abend auf dem Sportplatz allgemeine Turnstunde. Insbesondere müssen alle Turnerinnen erscheinen, die am Besichtigungs- und Reifens teilnehmen. **Naturfreunde.** Heute pünktlich 9 Uhr Turnhalle Durlach (Karlshofstraße) Sprechstunde; sowie „Friedrichshof“ (Sodasommer) lomb. Musikklub. Freitag Monatsversammlung. Sonntag, 3. Juli Klettertour Batter. Abfahrt 5 Uhr. Sonntagstarke Baden.

Durlach. Sozialdem. Partei. Heute Mittwoch abend 7 1/2 Uhr (pünktlich) im „Lamm“ Vorstandssitzung. Vollständiges Erscheinen besonders der Delegierten von Aue ist notwendig. 853

Die Delegierten des Gewerkschaftsartikels werden gebeten, sich zu der morgigen Donnerstagabend 7 Uhr im Volkshaus stattfindenden Sitzung vollständig einzufinden.

Karlsruher Polizeibericht

Anfall mit Todesfolge. Gestern nachmittag kurz nach 1 Uhr sprang in Ettlingen beim Gute Walthalden ein acht Jahre alter Knabe von einem aus dem Albtal kommenden Milchwagen ab und wollte über die Jahrbahn laufen. In diesem Augenblick wurde das Kind von einem entgegenkommenden Personentransportwagen aus Ettlingen erfasst, zu Boden geschleudert und am Kopf so schwer verletzt, daß es bald darauf starb.

Etrunken. Am 27. Juni abends fiel ein lediger Hilfsarbeiter aus Daxlanden in der Südbodenstraße hier in den Rheinhafen und ertrank. Die Leiche konnte gestern früh gebadet werden.

Wasserstand des Rheins

Waldshut 365, ref. 1, Schufertinsel 255, ref. 3, Rebl 372, ref. 7, Waxau 540, ref. 2, Mannheim 450, ref. 10 Zentimeter.

Aus aller Welt

Fünf Menschen verbrannt

Explosion in einer Villa

Paris, 28. Juni. In einer bei Tours gelegenen Villa ereignete sich in der vergangenen Nacht eine Explosion, die einen Brand zur Folge hatte. Die fünf Bewohner, ein Hausmann, seine Frau, ihre beiden Kinder und ein Dienstmädchen sind bei diesem Brand ums Leben gekommen.

Schweres Fliegerunglück

Landsbut, 28. Juni. Bei Kindesdorf (Kreis Landsbut) verunglückte gestern nachmittag gegen 6 Uhr ein französisches Flugzeug, das sich infolge des heftigen Wetters verlor. Die tiefhängenden Wolkenmassen zu durchbrechen. Zu spät erkannte der Pilot, daß er sich in einem hohen Walde befand und mit voller Wucht durchsahnte das Flugzeug durch die wie Streichhölzer genähten hohen Bäume zur Erde. Beide Insassen wurden bis zur Unkenntlichkeit zerstückelt und das Flugzeug zertrümmert. Anscheinend handelt es sich um zwei französische Kaufleute.

Landsbut, 28. Juni. Bei dem gestern nachmittag über dem Walde von Kindesdorf abgestürzten Flugzeuge handelt es sich um das Flugzeug der Linie Warschau-Prag-Paris. Der Passagier war der Direktor der Privattelefongesellschaft in Prag, Wacior u. D. Groebich. Das Flugzeug führte Pakete und Briefpost mit, die zum größten Teil vernichtet sind.

Autounfall

Saarbrücken, 28. Juni. In der Nähe von Mittelberbach (Saargebiet) überfuhr sich gestern ein mit fünf Personen besetztes Automobil infolge Platzens eines Reifens. Die Insassen des Wagens wurden herausgeschleudert und zum Teil schwer verletzt. An dem Aufkommen des schwerverletzten Wagenführers wird gezweifelt.

Vom Blitz getroffen

Holzkirchen, 28. Juni. In dem Walde zwischen Kursenbera und der Ginde Ries wurden am Sonntag nachmittag ein Bader und eine Taubstummstochter vom Blitz getötet und zwei Mädchen, die der Blitz streifte gelähmt.

Schwerer Kampf mit einem Einbrecher

Berlin, 28. Juni. In einer Villa in Köpenick wurde in der vergangenen Nacht der Kaufmann Groffer durch ein verdächtiges

Geräusch geweckt. Er fand in der Küche einen fremden Menschen der eine Pistole auf ihn anlegte. Groffer packte ihn, erhielt aber während des Kampfes mehrere Schläge mit dem Pistolenkolben auf den Kopf. Der Einbrecher riß sich los, verletzte Groffer lebensgefährlich durch einen Schlag in den Leib und flüchtete. Sofort vorgenommene Streifen der Kriminalpolizei blieben bisher erfolglos.

Die Ueberfliegung des Stillen Ozeans

Dallas (Kalifornien), 28. Juni. Der Flieger Ernest Smith, der zum Fluge nach Honolulu aufgestiegen war, ist rasch zurückgekehrt, da der Wind sich verstärkte, wodurch das Flugzeug in Seenot geriet. Die Fahrt des Flugzeuges bis Mailand verlief ohne Zwischenfall. Das Flugzeug erhob sich sehr rasch und überflog den Hafen von San Francisco in einer Höhe von 600 Meter. Alle Schiffe im Stillen Ozean sind drahtlos aufgefordert worden, die Fahrt des Flugzeuges bei der Ueberquerung des Stillen Ozeans zu verfolgen.

Schlagwetterexplosion

Mährisch-Odrau, 28. Juni. Heute früh ereignete sich im Schacht Hubertus in Weibitz in einer Tiefe von 360 Meter eine Schlagwetterexplosion, durch die ein Bergarbeiter und ein Schlepper getötet wurden.

Chamberlin und Levine wieder in München

München, 28. Juni. Nach einer Mitteilung der Süddeutschen Luftfahrt sind heute abend um 8,45 Uhr unerwarteterweise Chamberlin und Levine auf dem hiesigen Flugplatz gelandet. Chamberlin kam von Warschau und fliegt am Mittwoch früh nach Zürich weiter.

Todesprung vom Kaiser Wilhelm-Turm

Berlin, 29. Juni. Gestern abend führte sich der Berliner Ingenieur Richard Günter vom Kaiser Wilhelm-Turm bei Schilberhorn an der Havel herunter. Er fiel auf die Plattform und war sofort tot.

Letzte Nachrichten

„Gute Lohnpolitik, die beste Produktionspolitik“

Berlin, 29. Juni (Freitag). Am Dienstag begann hier der 10. Kongress der Gewerkschaft für soziale Reform. In seiner Eröffnungsrede habe der Vorsitzende, Oberverwaltungsgerichtspräsident von Nostitz seinem Bedauern Ausdruck, daß das Washingtoner Abkommen über die Arbeitszeit noch nicht ratifiziert ist und seine Bewahrung ein, gegen die maßlosen Anträge gegen das Arbeitsgerichtsgesetz, die nur zu erklären seien aus einer abgrundtiefen Abneigung der Tarifisten gegen das Sozialrecht. Bei der Ratifizierung müßte nach den sozialen Wirkungen und nicht nach den privatwirtschaftlichen Erfolgen getrachtet werden. Ueber die Wirkung von Lohnhöherungen auf die Kaufkraft und den Warenmarkt, sprach Professor C. Weber-Selbberga. Er trat für eine Steigerung der Löhne ein, um die Kaufkraft zu erhöhen, denn die Steigerung der Produktivität wird erreicht durch eine Steigerung des Reallohnes. Gute Lohnpolitik sei die beste Produktionspolitik. Als zweiter Redner sprach dazu Professor Dr. Bauer-Karlsruhe. Er betonte besonders die Gefahr, die die Arbeiterschaft bei der Ratifizierung gebracht hat und verlangte eine wirkliche Lohnpolitik anstelle der jetzt herrschenden Lohnanarchie. In der Aussprache gab das geschäftsführende Mitglied im Arbeitgeberverband, der Saarindustrielle Reimann, zu, daß die Nationalisierung für die Arbeiter Löhne gebracht habe. Die Ansicht der Gewerkschaften vertritt der Vorsitzende des Sozialarbeiterverbandes, Genosse Fritz Tarno, der mit Benutzung feststellte, daß die beiden Wissenschaftler aus denselben Schlußfolgerungen gekommen sind, wie die Gewerkschaften aus ihrer praktischen Arbeit heraus. Er wies darauf hin, daß wir nicht vom West, sondern von der laufenden Arbeit leben, daß die entschiedene Kaufkraft

bei den arbeitenden Massen liegt. Wenn es nicht gelinge, die Kaufkraft der Massen weiter zu steigern, dann gäbe es auch keinen Absatz für die gesteigerte Produktivität. Eine Nationalisierung, die nicht zu einer Steigerung der Kaufkraft führt, sei kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Unternehmertum zu der Ueberzeugung gelangt, daß hohe Löhne der wichtigste Antriebsmotor für die Wirtschaft sind. Prof. Volk-Weising wandte sich gegen die Kartell-Dezisionen, die das Wort Ausbeutung nur in Anführungsstrichen bringen, im einzelnen Leben aber von der Ausbeutung der Geistesarbeiter überzeugt seien. Nach weiterer Aussprache wies Weber die Behauptung, daß durch Lohnhöherungen der Export gefährdet werde, als irrig zurück. Deutschland habe in der Zeit der Stabilisierung den Anstoß an das Weltmarktfreisende nicht gefunden.

Die Justiz und das republikanische Empfinden

In einer Unterredung mit einem Pressevertreter erklärte der preussische Justizminister Dr. Schmidt: Wie ich im Landtag bei der Beratung des Justizetats mit großer Deutlichkeit erklärt habe, werde ich überall Versuchen von Richtern und Staatsanwälten, die das republikanische Empfinden des Volkes zu verletzen geeignet sind, in den durch die Verfassung gezogenen Grenzen mit allem Nachdruck entgegenzutreten.

Die Auffassungen des preussischen Justizministers sind zu begrüßen, sofern hinter den Worten auch der feste Wille zur energischen Tat steht. Gerade in Preußen haben in zahlreichen Fällen Richter und Staatsanwälte Ueberhebungen und Handlungen sich erlaubt, die in einem schreienden Widerspruch zu ihren Verpflichtungen als Diener des Staates stehen. Diese Beispiele haben bewirkt, daß es in gewissen Kreisen zu einer Art Spott geworden ist, den bestehenden Staat und seine Einrichtungen zu schmähen und zu verhöhnen. Wenn nur einmal in einigen Fällen energisch gegen renitente Richter vorgegangen wird, dann werden sehr schnell die republikanischen Herrschaften in der Justiz klein beigegeben. Wir wissen ja aus der Zeit der Monarchie, wie georgiam auch Richter sein können, wenn sie für ihre Person Unannehmlichkeiten oder gar Gefahren wittern.

Die Kämpfe in China

London, 29. Juni. (Freitag). Nach Meldungen aus China haben die chinesischen Südruppen eine außerordentlich schwere Niederlage durch die Armee des Marichalls Sun erlitten. Die Südruppe soll sich im völligen Rückzug befinden, zumal es sich um die schwerste Niederlage handeln soll, die die Südruppen bisher erlitten haben. Ihr Verlust wird mit 30 000 Mann angegeben.

Berliner Devisennotierungen (Mittelkurs)

Table with columns for location (Amsterdam, Antwerpen, London, New York, Paris, Prag, Schwitz, Spanien, Stockholm, Wien) and exchange rates for 27. Juni and 28. Juni.

Spezialdruck: Georg Schöpflin o. Verlagsgesellschaft Verantw.: Artikel, Volkswirtschaft, Wirtschaftskämpfe, Parteipolitiken, Gemeindefragen, Aus aller Welt, Letzte Nachrichten Hermann Kadel, Friedrich Duden, Frauenbewegung, Gemeindefragen, Aus Mittelhessen, Kleine soziale Chronik, Aus der Stadt Durlach, Theater und Musik, Kunst und Wissen, Gerichtspraxis, Markt und Handel, Hermann Winter, Sport und Spiel, Sozialistisches Jugendblatt, Heimat und Wandern, Soziale Rundschau, Gemeindefragen, Karlsruher Chronik, Briefkasten, Tagesblätter o. Wandern, wöchentlich für den Kreisgenosse Gustav Köger o. Sammler, wöchentlich in Karlsruhe in Baden o. Druck und Verlag: Verlagsdruckerei Volkswirtschaft G.m.b.H. Karlsruhe

St. Jakobs-Balsam, Räumungs-Ausverkauf wegen Umbau, Kohlenherde, Gasherde, Eisschränke, PH. NAGEL Haus- und Küchengeräte Kaiserstraße 55.

Coupe-Kofier, Aktensappen, Geschw. Lämmler, Wohnungstausch, Reisender, Blaue Mützen, Wilh. Heinert Nachf., Jnh. Frieda Kraft, Karlsruhe, Kaiserstrasse 227.

BREMEN-SÜDBRASILIEN, Direkte Verbindungen mit den Deutschen Siedlungsgebieten, Norddeutschen Lloyd Bremen, In Karlsruhe: Lloyd-Reisebüro Goldfarb, Kaiserstr. 181.

Das Beste ist das Billigste!, Junker & Ruh, Herd, Badedöfen, Gasherde, BECKER, Waldstr. 13, Kohlenherde.

Drillantes Unternehmen, sucht an allen Plätzen Baden strebende Herren und Damen, Wer sparen und trotzdem gut bedient sein will, kauft nur „JUNO“.

Sie führen die Bürste., VIM besorgt das Übrige., Eine angefeuchtete Bürste, ein wenig VIM, und fort ist aller Schmutz - wie weggezaubert! VIM scheuert Holz, Metall, Glas, Stein, Email und Linoleum, ohne zu kratzen und anzugreifen. Plakate, all Art liefert rasch und billig.

